

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 20. Oktober 1906.

10. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sperret sind: Münster: Blas Moseder. Köln: Dombau.
Bauern: Firma Zentner. Unsen: Firma Menzing. Elber-
feld: Blas Stang. Mannheim: Firma Schmüller für
Marmorarbeiter. Benig-Radwig: Blas Neumann und
Schubert in Kesselsdorf, Schlesien. Ruppertsdorf:
Granitwerk Bornschein und Stirnagl, Drahtwerk bei Burzdach.
Karlsruhe: Die Betriebe der Süddeutschen Marmor-,
Granit- und Sandsteinwerke. Mainz: Blase von Grünwald
u. Köllner, Gebrüder Mertens. Rengingen: Blas Dies-
bacher. Neuenstein: Firma Geprägs. Breslau: Blas
Niggel.

Der Zugang nach dem Kalksteingebiet und Nürnberg ist nach
wie vor ferngehalten.

Streik und Boykott vor dem Reichsgericht.

Wie unsere Leser vielleicht durch die Tagespresse bereits
wissen, hat kürzlich das höchste Gericht des Deutschen
Reiches, das Reichsgericht, eine Entscheidung erlassen, da-
hingehend, daß Streik und Boykott im Lohnkampfe nicht
rechtswidrig seien, und daß es einer Drohung im Sinne
des bekannten § 153 der Gewerbeordnung nicht gleich zu
achten sei, wenn durch Androhung des Verlustes der Ver-
bands- oder Vereinsmitgliedschaft oder durch die An-
kündigung eines Streiks auf die Entschliebung des Geg-
ners eingewirkt werde.

Obwohl nun hier in der höchsten richterlichen Ent-
scheidung etwas ausgesprochen ist, das mit der natürlichen
Rechtsauffassung und dem ethischen Empfinden der Ar-
beiterklasse durchaus im Einklange steht, weil ohne eine
solche vom Reichsgericht erfolgte Entscheidung, das den Ar-
beitern im § 153 der Gewerbeordnung gewährleistete Recht
auf Vereinigung, auf das sich die liberale Gesetzgebung
nicht wenig zugute tut, ja völlig in der Luft zerwehte, so
ist man in der liberalen Presse doch sehr erzürnt darüber
und gibt dem auch unverböhlten Ausdruck. Anstatt in
dieser Entscheidung eigentlich doch nur eine Konsequenz des
§ 152 der Gewerbeordnung und ein Korrelat des dem Ar-
beiterstande gegebenen, bisher aber mit Fug und Recht
belegten Koalitionsrechtes zu erkennen, erblickt in ihr
die auf die Sicherung kapitalistischer Interessen einge-
schworene Presse etwas Furchterliches, und wenn man ihr
glauben dürfte, so würden dadurch der Umsturz und die
Revolution in Permanenz erklärt werden. Wie könnten
die Angehörigen der Bourgeoisie und des prozenthaften
Unternehmertums auch ruhig schlafen, wenn sich ferner
Polizei und Gerichte nicht mehr zu ihren Mitteln und
Sachwaltern erniedrigten, wo man es doch gewohnt war,
in der Anwendung der den Arbeitern im Lohnkampfe nun-

mehr eingeräumten und als gesetzmäßig anerkannten
Kampfmittel eine Auflehnung gegen jede göttliche und
menschliche Autorität oder doch zum wenigsten einen gro-
ben Unfug zu erblicken, der jeden, der sich solcher Handlun-
gen schuldig machte, in Nummer Sicher brachte. Es war
doch gar zu schön, wenn die aus den Mitteln des Volkes
unterhaltenen Organe des Staates, nämlich Polizei und
Gerichte, zur Wahrung der bedrohten Unternehmerinter-
essen ihres Amtes walteten.

Das wird nun anders werden, wenn sich erst durch die
Entscheidung des Reichsgerichts alle Bande frommer Scheu
lockern. — — —

So tragisch braucht der kampflustige Teil des Unter-
nehmertums die Sache nun freilich nicht zu nehmen und
er wird deswegen auch nicht unter die Schwarzseher treten
und in ein besseres Land wandern, sondern er wird —
trotz der Reichsgerichtsentscheidung — es auch ferner noch
für vorteilhaft halten, im Lande zu bleiben und aus der
heimischen Arbeit den Profit zu ziehen.

Nichtsdestoweniger wollen wir aber mit unserer An-
erkennung der mitgeteilten Tatsache gegenüber nicht zurück-
halten, daß an der höchsten Gerichtsstelle diejenige Rechts-
auffassung zum Durchbruch gekommen ist, die dem Rechts-
empfinden der um Lohn arbeitenden Volksschreie entspricht
und dem auch aus den Kreisen der gewerkschaftlich organi-
sierten Arbeiter oft genug in Wort und Schrift Ausdruck
gegeben worden ist.

Es ist allerdings ein bitteres Gefühl, heute von hoher
Stelle konstatiert zu sehen und sich dessen dabei zu er-
innern, daß der § 153 der Gewerbeordnung oftmals eine
Auslegung erfahren hat, die nicht nur dem Laien, sondern
auch manchem Juristen unverständlich erschien.

Es ist also festgestellt worden, daß die bisherige Aus-
legung des § 153 rechtsirrtümlich war, denn heute sagt
das Reichsgericht in dieser bemerkenswerten Entscheidung:

„1. Boykott oder Streik im Lohnkampfe sind nicht
rechtswidrig. Die Unternehmer können Ersatz der Ver-
luste, welche sie infolge derselben erlitten haben, nicht ver-
langen.“

2. Darin, daß ein Verein von Arbeitnehmern, der in
einem Lohnkampfe zur Erringung günstiger Lohn- und
Arbeitsbedingungen eingetreten ist, in Gemäßheit seiner
Satzungen denjenigen seiner Mitglieder, die sich am
Kampfe nicht beteiligen würden, lediglich den Verlust ihrer
Mitgliedschaft in Aussicht stellt, ist eine Drohung im
Sinne des § 153 der Gewerbeordnung nicht zu finden.

3. Es ist keine durch § 153 der Gewerbeordnung ver-
botene Drohung, wenn die Partei, welche durch an sich
erlaubte Kampfmittel günstigere Lohn- und Arbeits-
bedingungen zu erlangen strebt, den Gegnern die bevor-
stehende Anwendung dieser Kampfmittel ankündigt und
dadurch auf deren Entschliebung über die Streitfragen ein-
zuwirken sucht.

4. Es verstößt nicht gegen die guten Sitten, wenn
Arbeitnehmer zur Erringung günstiger Lohn- und Ar-
beitsbedingungen und zur Beseitigung von Zuständen und
Einrichtungen, durch welche sie sich beschwert fühlen, die
Mitwirkung weiter Kreise des Publikums durch die Presse
oder durch Flugblätter anrufen.“

In dieser Entscheidung ist also mit aller Deutlichkeit
ausgesprochen, daß in der bisher praktizierten Auslegung
des § 153 der Gewerbeordnung durch die Gerichte ein
Rechtsirrtum lag; ein Rechtsirrtum, der den Bestrebungen
der freien Gewerkschaften, die auf die Verbesserung der
wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder abzielten, oft genug
verhängnisvoll geworden ist. Die Zahl der Arbeiter, die
auf Grund der bisher geübten Praxis zu langjährigen und
schweren Gefängnisstrafen verurteilt wurde, ist im Laufe
der Jahre bekanntlich Legion geworden, und die Dauer
dieser Gefängnisstrafen beziffert sich, zusammengerechnet,
auf viele Jahre, Jahrzehnte, vielleicht auf Jahrhunderte.

Es liegt in dieser Betrachtung etwas Furchtbares,
wenn man sich vor Augen führt, daß auf Grund eines
solchen Rechtsirrtums Arbeiter in die deutschen Gefäng-
nisse wandern mußten, die gar nicht hineingehörten, und
wenn man bedenkt, daß durch die bisherige Praxis die Ar-
beiter an der Verbesserung ihrer Lage insofern gehindert
wurden, als auf ihre Gewerkschaft ein ungesegelter Druck
ausgeübt worden ist.

Ob das nun in Zukunft anders werden wird? Man
viel Vertrauen darf man wohl in dieser Beziehung in die
deutsche Rechtsprechung kaum setzen, wenn es sich um An-
gelegenheiten der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen
handelt. Man hat, dank der unausgesetzten, unermüdeten
Anstrengungen aus der organisierten Arbeiterschaft heraus,
z. B. auch das Recht des Streikpostenstehens im Lohn-
kampfe anerkennen müssen, aber der praktischen Anwen-
dung dieses Rechts ist man fast in allen Orten durch die
Organe des Staates und der Gemeinden leider erfolgreich
hindernd in den Weg getreten.

Angesichts der bisherigen trüben Erfahrungen darf
man sich allzu große Hoffnungen für die Zukunft hinsicht-
lich einer durchaus notwendigen Bewegungsfreiheit nicht
hingeben. Es ist die Befürchtung wohl nicht von der Hand
zu weisen, daß der Rechtsirrtum, der durch die Entschie-
dung des Reichsgerichts aus dem Tempel der Justitia
hinausgeworfen worden ist, durch eine finstige Auslegung
des Satzes „durch an sich erlaubte Mittel“ durch eine
„Sinteriur wieder eingeschmuggelt, zur „konstanten Praxis“
der Gerichte gelangen und so nach wie vor seine Opfer for-
dern werde. In der Tat ist man in der Presse der Scharf-
macher schon darüber aus, hinsichtlich der vorstehenden
Fassung verständnisinnige Andeutungen zu machen und
so den auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Ar-
beiter gerichteten Bestrebungen der freien Gewerkschaften
einen Strich zu drehen, womit das vom Reichsgericht an-

Görbersdorf.

II.

Dr. Weicker gründete die dritte Lungenheilstätte
1890. Sie ist zehn Minuten vom Dorfe entfernt. Diese
Anstalt, genannt „Marienhäus“, nimmt der ärztlichen Für-
sorge wegen nur eine kleine Zahl von Patienten auf.
Auch dieses Sanatorium ist äußerst komfortabel einge-
richtet; die Kranken werden Sommer wie Winter be-
handelt. Dr. Weicker war mit seiner Gründung insofern
im Rechte, als es ihm beinahe unmöglich wurde, Grund-
stücke zu erwerben. Die Vergrößerungen der Brehmerschen
und Kömplerschen Anstalten trugen dazu bei, die Grund-
stücke stark im Preise zu steigern und selbst für teures
Geld war kaum Land zu bekommen.

Weicker, ein tüchtiger Arzt und spekulativer Kopf,
gründete im Jahre 1894 weiter sein Volks-sanatorium
„Krankenhaus“, um weniger Bemittelten den Aufenthalt
in einer Heilstätte zu ermöglichen.

Die stetig steigende Frequenz beweist, daß durch Er-
richtung dieser Anstalt eine große Bedürfnisfrage gelöst
ist. Seit Bestehen des Volks-sanatoriums wurden auf-
genommen und entlassen: 1894: 8, 1895: 74, 1896: 200,
1897: 439, 1898: 646, 1899: 881, 1900: 1059, 1901: 1210,
1902: 1246, 1903: 1125, 1904: 1394, 1905: 1420 Patienten.

Das streng durchgeführte Prinzip, lediglich solche
Lungenkranke aufzunehmen, welche laut ärztlichem Gut-
achten im Anfangsstadium der Krankheit sich befinden, hat
die erfreulichsten Resultate gezeitigt. Während eine Reihe
von Patienten die Kur aus Privatmitteln bestreiten,
senden und sandten auch die Landesversicherungsanstalten
Posen, Pommern, Schlesien, Thüringen, Mecklenburg,
Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Westfalen, Schwaben-
Neuburg, Sachsen-Anhalt, Oldenburg, Hansestädte, Nieder-
Bayern, Rheinprovinz, Ober- u. Bayern, Hessen-Nassau,
Mittelranken, Baden, Württemberg, Sachsen, Pensions-
kasse für die Arbeiter der Preussisch-Sächsischen Eisenbahn,
sowie verschiedene Berufsvereinigungen und Kranken-
kassen Patienten in das „Krankenhaus“.

Eine Anzahl von kurgemäÙ eingerichteten Villen grup-

piert sich um die Zentralen, in denen die Verwaltungsräume,
Speisesäle und die Krankenstation für interkurrent
Erkrankte sich befinden. Letztere steht unter Aufsicht eines
Oberarztes. Die Stationen für männliche und weibliche
Kranke sind gesondert unter eigenem Arzt und eigener
Oberin, in ersterer versehen zudem die Krankenpflege die
Diakone, in letzterer Diakonissen. Die einzelnen Villen
haben Balkons und sind von gepflegten Gartenanlagen
umgeben. Jede Station hat ihre eignen Liegehallen.

Der Schreiber dieser Zeilen ist, wie im Jahre 1904,
wieder in „Villa Mucha“ einlogiert. Dieser stattliche Bau
ist mit 47 Patienten belegt. Die Patienten wählen unter
sich einen Obmann, und da bei meinem Eintritt diese
Stelle gerade vakant wurde, so wurde ich, allen Ernstes
als Kandidat nominiert, lehnte aber dankend ab, denn
mein Gesundheitszustand war nicht der beste, und überdies
hatte ich mich erst drei Stunden in Villa Mucha häuslich
niedergelassen. Der Obmann des Hauses ist der Vertraute
der Patienten, sorgt für Ruhe und Ordnung, nimmt die
Beschwerden seiner Leidensgenossen entgegen, die eventuell
gegen die Anstaltsleitung gerichtet sind und steht so bei-
nahe immer auf Kriegsfuß mit der letzteren.

Beim Eintritt in das Volks-sanatorium wird man sofort
über den Lungenbefund „g r ü n d l i c h“ untersucht. Auf
der Brust und dem Rücken klopft der Arzt mit großer
Fingerfertigkeit herum, als wie der Musiker auf dem
Klavier. Da die Ärzte täglich Dutzende von Lungen-
kranken untersuchen, so haben sie eine solche Routine, daß
sogar festgestellt wird, wo die schadhafte Stellen sitzen.
In ein Journal, in dem die menschliche Lunge in ver-
kleinertem Maßstab dargestellt ist, markiert der unter-
suchende Arzt sofort mit Blauflüssigkeit die kranken Stellen.
Wie mein Journal aussieht, vermag ich nicht zu beurteilen,
denn der Patient kann darin nicht Einsicht nehmen. Vom
Arzt weg geht es zur Gewichtsfeststellung. Ich trete auf
die Waage, 53½ Kilogramm zeigt sie an; in sieben Wochen
hatte ich 12 Pfund Gewichtsverlust. Diesen Verlust wieder
twezt zu machen, wird schwer sein.

Im Volks-sanatorium wirken fünf Ärzte; für etwa
400 Patienten nicht zu viel. Jeder Arzt hat seinen be-
stimmten Rayon, in dem er täglich um 8 Uhr früh in
den einzelnen Zimmern die Kranken besucht. Also an

ärztlicher Hilfe fehlt es nicht. Die Assistenzärzte sind
meistens jung und lassen es an Dienstfeier nicht fehlen.
Jeder Patient hat täglich zweimal zwei Stunden Siege-
kuren zu machen. Diese wirken für den Kranken äußerst
mohltuend; die Ärzte legen sehr viel Wert darauf, daß
jeder Patient die Siegekuren genau befolgt. Die Siege-
hallen gleichen Steinmetzwerkstätten, welche auf drei Seiten
geschlossen sind. In warme Decken eingehüllt liegt der
Kranke auf einem eisernen Gestelle, ohne Rücksicht auf die
Witterung. Als ich im Winter 1904 in hiesiger Anstalt
war, machten die Kranken bei 20 Grad Kälte die Siege-
kuren. Ueberhaupt sollen nach ärztlicher Anschauung
Winterkuren am vorteilhaftesten sein.

Die Geselligkeit unter den Patienten kann eine gute
genannt werden und es finden sich bei den Spaziergängen
immer die richtigen Charaktere zusammen. Wer sich
während seines Hierseins, vorausgesetzt, daß es sein Ge-
sundheitszustand gestattet, in den elementaren Fächern aus-
bilden will, kann dem nachkommen. Es hat Herr Dr.
Weicker extra einen akademisch gebildeten Hauslehrer an-
gestellt. Viele Patienten nehmen an den Unterrichts-
stunden teil, besonders wird sehr eifrig Stenographie ge-
übt. (System Gabelsberger.) Die im Volks-sanatorium
vorhandene Bibliothek ist leider nicht sehr umfangreich, da-
bei ist zu stark die Romanliteratur vertreten. Der ange-
stellte Hauslehrer hält auch für die Patienten Vorträge;
in den zwei letzten Wochen behandelte er die „moderne
Frauenfrage“. — Das erstemal war ich durch Schreib-
arbeiten verhindert, den Vortrag anzuhören; das zweitemal
mußte ich das Bett hüten, so daß ich also um diese sehr
interessanten Darlegungen kam. Da auch eine Diskussion
gepflogen wurde, hätte ich gern in derselben eine Range für
die Emanzipation der Frauen gebrochen.

Die männlichen Patienten des Volks-sanatoriums dürfen
mit den Patienten weiblichen Geschlechts nicht zusammen
leben, geschweige mit denselben etwa gar spazieren gehen.
Die erstklassigen Patienten in den andern Anstalten, Männ-
lein wie Weiblein, promenieren dagegen sehr häufig Arm
in Arm durch die „Saupfstraße“ von Görbersdorf. Daß
eine strenge Scheidung zwischen Männern und Frauen im
Volks-sanatorium verlangt wird, kann ich nur gutheißen,
denn die Gefahren des Teufels Bitru sind nicht zu unter-

erkannte Recht auf Streik und Boykott wieder erdroffelt werden kann.

Einem großen Optimismus wollen wir uns trotz dieser Entscheidung also nicht hingeben. Eine Rechtsprechung, die sich auf die bisher geübte Praxis so einleibt hat, deren Organe meistens hinter jedem Streik, wie der selbige Kuttikamer, die Hydra der Revolution vermuten, werden schwerlich einer Rechtsauffassung huldigen, wie sie in den weiten Kreisen der organisierten Arbeiter besteht. Darum werden die Arbeiter sich ein Recht schaffen müssen, das nicht so auslegungsfähig ist und in keinem Falle versagt, wenn sie durch eine machtvolle Ausgestaltung ihrer Organisationen diesem ihrem Rechte eine reale Unterlage geben!

Bericht des Internationalen Sekretariats der Stein- arbeiter (1904 und 1905).

III.

In Schweden beträgt die Mitgliederzahl 2952 in 54 Sektionen. Auch hier sind die weiteren Angaben ohne Belang.

Das Jahr 1905 ist für den Steinarbeiterverband Schwedens sowie für die ganze dortige Arbeiterbewegung ein Prüfungsjahr gewesen von so umfassender Bedeutung, daß das, wie der Bericht sagt, bis jetzt allein stehend in Schweden ist.

Die Aussperrungen in der Metallindustrie hatte auch die Unternehmer der Steinindustrie scharf gemacht, die Löhne der Steinarbeiter zu drücken.

Die Kriegskosten in diesem Jahr (1905) belaufen sich bis dato auf ca. 70 000 Kronen.

Teils auf Grund durch Abgang von Vertrauensmännern, und weil ein paar Vorstandsmitglieder ihr Amt niederlegten, wurde in Göteborg am 25. März ein Extra-Kongress einberufen, um die ledigen Posten wieder zu besetzen.

Von wichtigen Beschlüssen auf diesem Kongress war die Verlegung des Vorstandssitzes nach Galmstad, und infolgedessen wurde ein ganz neuer Verbandsvorstand sowie Vertrauensmänner gewählt.

Nach der von dem Kommiss-Kollegium ausgearbeiteten Statistik sollen die Steinhauer in Schweden ca. 9000 ausmachen; jedoch dürfte diese Zahl 8000 nicht übersteigen. Die Zahl der Organisierten war im Jahre 1904/05 3000, wovon ca. $\frac{2}{3}$ Pflasterstein- und $\frac{1}{3}$ Groß- und Feinsteinbauer waren. Die Arbeitszeit ist in der Regel zehn Stunden im Sommer und acht Stunden für Winterarbeit.

Der größte Teil der Arbeiten wird im Afford ausgeführt nach Preisanzahl, und variiert der Tagesverdienst speziell für Pflastersteinarbeiter zwischen 5 Kronen und 2,50 Kronen.

Arbeiterchutz hat man auf den meisten Arbeitsplätzen; jedoch müssen die Arbeiter eine gewisse Bezahlung für die Benutzung hiervon erlegen. Ueberhaupt lassen die sanitären Verhältnisse viel zu wünschen übrig, speziell für die Sandsteinbauer.

Der Verband hat kein offizielles Organ. Es wird nur ein Quartalsrapport in Zeitungsförmat auf Kosten des Verbandes herausgegeben.

In Bohuslan (westliches Schweden) hat die Agitation die besten Erfolge gehabt; doch scheint es jetzt auch in Blekingen (südliches Schweden) aufzukommen. In den letzten Jahren hat der Verband für Agitation 1000—1500 Kronen ausgegeben.

Neben einigen kleineren Bewegungen von weniger Bedeutung bestand der Verband Mitte 1904 einen 33wöchigen Kampf in Bohuslan; teils für unser Vereinsrecht, und teils für Besserstellung unseres Tarifstufens. Diese Kraftprobe, die den Verband 238 809 Kronen kostete, neben 129 838 verlorenen Arbeitstagen, umfaßte 1197 Arbeiter, mit Familienangehörigen 1518 Personen; eine nach dortigen Verhältnissen große Bedeutung. Diefelbe endete jedoch mit dem Siege der Steinarbeiter in verschiedenen Punkten. Im Jahre 1905 hat die große Aussperrung in der Metallindustrie den Steinarbeitern viele Änderungen für ihre eigene Lohnbewegung in den Weg gelegt. Eine

offizielle Statistik über diese Bewegung liegt nicht vor. Die Beiträge hierzu waren 43 688 Kronen, neben freiwilligen Beiträgen.

Ein effektives Arbeiterchutzgesetz, so wie es sein sollte, sowie Schutzvorrichtungen an den Maschinen usw. gibt es nicht. Es ist zwar in der letzten Zeit ein Sicherheitsvorrichtungsgesetz für industrielle Anlagen und Fabriken in Kraft getreten, aber teils werden dieselben umgangen, oder sie werden so schonend in Anwendung gebracht, daß es nicht viel nützt.

Das Arbeiter-Unfallversicherungswesen hier im Lande ist das möglichst schlechteste, um nicht schändlich zu sagen. Das diesbezügliche Gesetz bestimmt: bei vorübergehendem Unfall soll der Arbeitgeber dem Betroffenen 1 Krone pro Tag ausbezahlen, aber erst von und mit dem 60. Tage nach dem Unfall, also nach zwei Monaten. Bei ganzer Invalidität oder Todesfall soll der Arbeitgeber den Hinterlassenen eine Summe von nicht über 300 Kronen pro Jahr ausbezahlen; dies wird so verteilt, daß die Ehehälften, so lange sie noch unverheiratet bleibt, pro Jahr 120 Kronen bekommt, und jedes Kind unter 15 Jahren 60 Kronen pro Jahr. Somit reicht die Summe nur für die Witwe und die drei Kinder aus. Geht der Arbeitgeber in Konkurs, oder ist er sonst außer Stand gesetzt, zu zahlen, dann bekommen die unglücklichen Hinterlassenen eben gar nichts.

Der Verbandsbeitrag ist 40 Döre pro Woche und Mitglied. Außerdem kann der Beitrag in gewissen Fällen erhöht werden. Ein kleiner Teil Arbeiterführer und dessen unterstellte Gehilfen zahlen in der Woche 25 Döre. Beim Jahreswechsel hatte der Verband einen Kassenbestand von 13 599 Kronen und der jetzige konstante Kassenbestand ist 20 000 Kronen.

In dem schweizerischen Verbandsverbande war die Mitgliederzahl am 1. Januar 1904 1137, am 31. Dezember 1904 1704, während drei Sommermonaten ca. 2600. Am Anfang des Jahres waren 31 Sektionen, am Ende 38. Der Durchschnittslohn war, laut Statistik 1302,62 Frank. Von der Arbeitslosigkeit wurden volle 80 Proz. der Mitglieder betroffen und zwar pro Mann im Durchschnitt 53 Tage. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die italienischen Mitglieder, die ca. die Hälfte aller bilden, zum größten Teil im Winter für einige Wochen heimreisen.

Der Geschäftsgang ging an, sich etwas zu bessern, wenn dies auch langsam vor sich ging. Die größte Auflage des Verbandsorgans war 2800. Die Organisation ist in allen etwas größeren Ortschaften obligatorisch.

Angriffstreiks waren 3, Dauer 37 Tage, beteiligt 92 Mann; Abwehrstreiks waren 10, Dauer 27 $\frac{1}{2}$ Tage, beteiligt 898 Mann; Sperrn und Aussperrungen waren 6, Dauer 500 Tage, beteiligt 140 Mann.

Hiervon sind günstig verlaufen mit vollem Erfolg 9, teilweisem 6, erfolglos 4.

Die Gesamteinnahmen betragen 15 641,06 Frank, die Gesamtausgaben 13 117,51 Frank, darunter für Agitation 1396,06 Frank, für das Organ 2450,08 Frank, für Streiks 2168,70 Frank, für Rechtsschutz 116,10 Frank, für Reiseunterstützung 123,40 Frank, für Sterbeunterstützung 240 Frank.

Diese Zahlen beweisen ein tätiges und reges Jahr in der Organisationsbewegung. Vergleicht man sie noch mit dem Vorjahr, so kann konstatiert werden, daß etwas geleistet wurde.

Infolge des ungemein schlechten Geschäftsganges war in Ungarn kein reges Leben unter den Steinarbeitern und mußte alles aufgegeben werden, die bestehenden Organisationen zu erhalten. Im ganzen waren zirka 10 Orte im Streik, an denen 270 Mann beteiligt waren. Beendet wurden 4 ganz günstig, 3 hingegen resultatlos, in 3 Fällen kam eine Einigung zustande, die 4—5 Kronen pro Tag bei Affordarbeit garantierte.

In Budapest selbst kamen einigemal kleine Differenzen und Ausstände vor, jedoch nur von kurzer Dauer. Der durch den letzten Kongress erhöhte Beitrag hat sich bis jetzt noch nicht als günstig behährt, speziell dadurch, daß noch keine Besserung der Geschäftslage ersichtlich ist. Die schlechte Konjunktur wird natürlich von den Meistern so viel als möglich ausgenützt zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

schägen, predigen doch auch die katholischen Geistlichen, daß sie sündhafte Menschen sind. —

Daß in den Görbersdorfer Heilanstalten Kranke aus allen Himmelsrichtungen vertreten sind, wurde schon kurz angedeutet. In der Brehmerschen Anstalt sind momentan die Russen stark vertreten, überhaupt scheinen sich dort die Patienten aus den slavischen Ländern mehr niederzulassen. Nebenbei sei erwähnt, daß auch der verstorbene Weltmarschall Graf Waldersee, dessen Namen durch die Veröffentlichung der Memoiren des ehemaligen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe gerade momentan sehr häufig genannt wird, vor etlichen Jahren in der Dr. Brehmerschen Anstalt zur Kur weilte. Auch Raskuniformalen sind im lieblichen Görbersdorf nichts seltenes. Ich habe schon etliche aus Afrika zurückgekehrte „Krieger“, die hier wieder genesen wollen, bemerkt. Möge auch diesen Leuten, die durch ihren Patriotismus ihre Gesundheit auf dem Altar des Vaterlandes opferten, die Genesung zuteil werden.

Auch in der Villa Mucha, wo Schreiber dieser Zeilen untergebracht ist, sind beinahe alle deutschen Nationen vertreten. Mein Zimmergenosse, ein Bahnbeamter, ist ein Mecklenburger, mein vis-a-vis auf dem Korridor, ein junger gesprächiger Mediziner, ist ein Wiener Kind. Im ersten Stock ist ein in Ostafrika tätig gewesener Missionsgehilfe einlogiert, dessen Wiege in Brandenburg stand. Weiter sind zahlreich die Patienten aus dem Osten Deutschlands vertreten. In der Unterhaltung kann man beinahe alle deutschen Dialekte vernehmen und ich habe mich mit meinem bairischen Akzent sehr leicht mit dem Studenten der Medizin verständigt, der sein geliebtes Wiener Deutsch spricht. Während ich ihm die politische Struktur Deutschlands schildere, versetzt er mich im Geiste in die Wiener anatomischen Hörsäle und ist in seiner Instruktion so interessant, als hätte er schon etliche Duzend Menschen, die er zu operieren hatte, — ins Jenenseits befördert. —

Es wurde schon angedeutet, daß in den hiesigen Heilanstalten nur Kranke aufgenommen werden, die voraussichtlich drücken wir uns etwas vorsichtig aus, auf längere Zeit wieder hergestellt werden. Aber trotz dieser Vorsicht sind hier Todesfälle von Lungenkranken nichts seltenes. Vor etwa drei Wochen kam ein 22jähriger Patient, der Sohn eines vermögenden Landwirts und Schmiedemeisters an, der allgemein wegen seines blühenden Aussehens auf-

fiel. In den ersten Tagen seines Hierseins drückte er mir wiederholt die Befürchtung aus, er könne doch schließlich von den andern Patienten Bazillen erhalten — denn bei ihm müsse, seinem guten Gesundheitszustande nach, eine etwaige Lungenaffektion ohne jede Bedeutung sein. Der wissenschaftliche Mann nahm noch Unterricht in der Stenographie usw., aber schon nach neuntägigem Hiersein stellten sich starke Lungenblutungen ein, er magerte bis zum Skelett ab, und am 13. Oktober nachts hauchte er sein junges Leben aus. Seine tiefgebeugten Eltern, welche aus der weiten Ferne (sächsischen Lauritz) herbeieilten, trafen ihren einzigen, zu großen Hoffnungen berechtigenden Sohn nicht mehr auf dem Krankenlager, sondern auf der Totenbahre an. Den Schmerz der Eltern kann man sich denken. Während ich diese Zeilen niederzuschreibe, vernehme ich die Schmerzenslaute der Eltern, die nicht begreifen können, daß man ihnen erst im letzten Augenblick, kurz, ehe ihr Sohn starb, telegraphische Mitteilung über den Stand der Krankheit gemacht hat.

Die Witterung ist miserabel, und am 25. und 26. September trat schon starker Schneefall ein, und die nahen Berge trugen stundenlang eine ziemliche Schneeschicht. Will aber ein Lungenkranker genesen, so muß er hinaus ins Freie; frische Luft schöpfen, sagen die Ärzte, und wenn man keinen Hund hinausjagt. Der Lungenkranke nimmt hier auf die schlechteste Witterung, auf die größte Kälte, auf die miserablen Wege keine Rücksicht; er geht hinaus ins Freie, weiß er doch, daß dies seinem Körper sehr zuträglich ist. Warme Kleidung und gutes Schuhwerk darf allerdings nicht fehlen. Damit sich der Kranke abhärtert, hat er sich jeden Tag früh und abends die Brust und den Rücken kalt abzureiben. Zur weiteren Abhärtung sorgen die Brausen und Douchen; die Herzkranken sind von letzteren befreit.

Täglich ist dreimal die Temperatur festzustellen; zeigt der Fiebermesser etwa 37,5 Grad, so hat der Kranke, so unliebsam es ihm sein mag, unberzüglich das Bett aufzusuchen. Als ich letzthin in Berlin an dem bekannten Unterrichtskursus teilnahm, hatte ich die ersten vier Tage 39 Grad, also Fieber; in Görbersdorf würde mir bei einem solchen Zustand sicherlich die Heimreise empfohlen worden sein, denn Bettlägerige und Stubenhocker sind in Lungenheilstätten keine gern gesehenen Gäste. Anscheinend Un-

Den Bericht über den Deutschen Steinarbeiterverband haben wir ausgehoben, da die Mitglieder darüber hinreichend unterrichtet sind.

Der Berichterstatter des internationalen Sekretariats bemerkt am Schlusse, daß diese Erhebungen als erster Versuch im Steinarbeitergewerbe noch große Lücken und Mängel aufweisen, daß aber mit der Zeit die Gleichgültigkeit gegen solche Erhebungen schwinde und von den beteiligten Landesorganisationen die Nützlichkeit solcher Arbeiten anerkannt werde. Und daß es aus Mangel und Raum (?) zum Teil dem Leser selbst überlassen sei, die nötigen Schlussfolgerungen aus dem Bericht zu ziehen. —

Die Schwierigkeit derartiger Erhebungen darf ja durchaus nicht verkannt werden. Doch wenn sie praktischen Wert haben sollen, und dieses war der Zweck der Einsetzung des internationalen Sekretariats der Steinarbeiter, dann genügt es nicht, die teilweise sehr mangelhaften Berichte der einzelnen Landesorganisationen der Reihe nach aufmarschieren zu lassen, sondern angebracht ist es, daß durch das Sekretariat die Mängel in der jeweiligen Organisation eine Beleuchtung erfahren, damit die Kollegen in den verschiedenen Ländern angespornt werden, ihre Organisationen so auszubauen, daß sie den Ansprüchen gewachsen sind, durch genügende Beitragsleistung der Organisation die Stärke zu verleihen, die sie dem Ausbeutertum gegenüber bedarf. In späteren Berichten wird es hoffentlich nachgeholt, damit für die internationale Steinarbeiterbewegung der Jahresbericht von großer Bedeutung ist.

Im Zeichen der Generierung.

Ein Rotschrei tönt aus allen Gegenden Deutschlands über die unheimlich zunehmende Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Wirkungen der Zoll- und Grenzsperrungspolitik machen sich in erster Linie der Arbeiterklasse bitter fühlbar. Die paar Pfennige Lohnerhöhung, die von einzelnen Gruppen hier und da herausgeholt sind, sind längst wieder überholt, längst illusorisch gemacht. Welche Perspektive für die kommende Jahreszeit eröffnet sich da sehr vielen Arbeitern, die in unabänderlicher Sicherheit mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Mit Frauen werden tausende von Familienvätern dieser Hungerkur entgegengehen. Ringsum aufgespeichert alles, was zum Leben notwendig, zu Hause frierende und hungernde Familienangehörige. — Ein großer Teil unserer Berufskollegen ist unter diesen Heimgejagten; vielen wird durch die Wirkung der fluchwidrigen Interessenpolitik das Klassenbewußtsein eingetrichtert, sie werden angespornt, die Reihen des Klassenbewußten Proletariats zu stärken und mitzuwirken, das System zur Strecke zu bringen. — Zur Illustration dieser einseitigen, das ganze Gemeinwesen schädigenden Politik ist der Geschäftsbericht des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz vorzüglich geeignet, er ist eine schwere Anklage gegen Regierung, Reichstagsmehrheit und Agrariertum. In der Generalversammlung am Sonntag, den 30. September, führte nämlich der Geschäftsführer Johannes aus, daß die Geschäfte des Konsumvereins durch den Zolltarif entscheidend beeinflusst worden seien und in Zukunft noch mehr beeinflusst sein werden. Wohl sei das letzte Jahr ein Prosperitätsjahr gewesen, wohl haben die Löhne der Arbeiter etwas angezogen. Aber dieser Vorteil sei doppelt und dreifach durch die Steigerung der Lebens- und Genussmittelpreise wieder aufgehoben worden. Der Umsatz sei allerdings um 207 388 Mk. gegen das Vorjahr gestiegen. Pro Mitglied entfiel ein Durchschnittsumsatz im Jahre 1904 von 329,70 Mk., im Jahre 1905 von 341,30 Mk. und im Jahre 1906 von 373 Mk. Aber der Waren-umsatz ist deshalb nicht gestiegen. Trotzdem das einzelne Mitglied im Jahre 1906 mehr Geld an den Konsumverein bei seinem Umfange bezahlt hat, hat es nicht mehr an Waren dafür bekommen als im Vorjahre.

Fast alle Konsumartikel hätten im Preise bedeutend angezogen. Daraus erklärt es sich, daß der Umsatz in den Spezial- (Schuh- und Schnitwaren) Geschäften sich vermehrt habe. Müssen der Arbeiter für seine notwendigen Lebensmittel um so viel mehr als bisher bezahlen, dann ist er gezwungen, beim Kauf von Wäsche und sonstigen Bekleidungsmiteln zurückhalten.

heilbare werden meistens entlassen. Die Kost im Krankenheim kann als reichlich bezeichnet werden; daß sie nicht jedem entspricht, ist klar, denn die Patienten sind aus allen Gauen Deutschlands zusammengewürfelt. Der Pensionspreis im Krankenheim beträgt pro Woche etwa 35 Mark. Jeden Sonnabend werden unter Beisein sämtlicher Ärzte im sogenannten Doktorgarten die Kranken gewogen; die Hauptsache ist, daß man eine Gewichtszunahme verzeichnen kann. Hat der Lungenleidende nicht genügend Appetit, so ist eine Zunahme des Körpergewichts ausgeschlossen und eine Heilung steht sehr in Frage. In 10—13 Wochen soll man etwa 15—20 Pfund zunehmen. Ja, es sind Patienten vorhanden, die sogar um 30 Pfund zunehmen, so daß eigentlich von einer Mästung gesprochen werden könnte. Ein Teil der Patienten tritt nur mit Widerwillen auf die Waage, denn sie wissen, das Körpergewicht ist seit etlichen Wochen dasselbe geblieben, oder hat sogar eine Abnahme um mehrere Pfund aufzuweisen. Der Chefarzt, der eigenhändig das Körpergewicht notiert, flüstert im letzteren Falle seinen Assistenten etwas ins Ohr; es wird ungefähr lauten: die weitere Kur ist zwecklos.

Wenn ein Lungenleidender von einer Kur überhaupt Erfolg haben will, so soll sie mindestens auf 10—13 Wochen ausgedehnt werden können. Mit Medikamenten kann die Lungenschwindsucht nicht geheilt werden. Zur Genesung ist nötig, gute frische Luft, Bewegung im Freien und reichliche Nahrung. Gewiß werden auch Mixturen verschrieben, häufig allerdings nicht, aber die bezwecken meist, die Blutarmut zu beseitigen oder den Magen in Ordnung zu bringen. Sehr genau wird auch die Rechkopfuntersuchung vorgenommen, da Harper's auch bei den meisten Patienten. Ist die Stimme, wie man zu sagen pflegt, „belegt“, so ist der Rechkopf sicherlich nicht in Ordnung und wird vom Arzt sofort eine Einpinselung vorgenommen. Wer am Rechkopf leidend ist, hat sich bei der Untersuchung einer wahren Tortur zu unterwerfen.

Jeder Patient, der nach Görbersdorf reist, hegt die Hoffnung, wieder gesund von dannen ziehen zu können. Auch Schreiber dieser Zeilen hat, wie so viele andre, diesen Wunsch.

a. st.

Zum Beweise für die Preissteigerung, die die notwendigen Lebensmittel erfahren haben, folgendes: Die Kartoffelernte sei in diesem Jahre 12 Millionen Tonnen höher als im Vorjahre. Trotzdem stehen die Kartoffelpreise jetzt oft 25 und 30 Prozent höher. Auch die Roggen- und Weizenernte sei keine ungünstige gewesen, aber der Preis des Kornes ist ganz unerbildlich gestiegen. Roggen notierte an der Leipziger Börse im Juni 1904: 131 Mk., 1905: 158 Mk., 1906: 168 Mk. und jetzt 172 Mk. Der neue Zolltarif bringt allein für Roggen einen Aufschlag von 42 Prozent. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der Kornpreis weiter steigen wird, ist der Konsumverein gezwungen, die Brotpreise zu erhöhen. Ebenso exorbitant haben die Preise für Hülsenfrüchte, Gerste und Schmalz angezogen. Die Linsen steigen aber gar derart im Preise, daß sie aus einem Nahrungsmittel zu einem Genußmittel werden müssen. Trotzdem die Qualität schlechter sei als in den Vorjahren, sei der Einkaufspreis für Linsen jetzt genau so hoch, als sonst der Verkaufspreis.

Vor allem sei aber der Fleischkonsum ganz bedeutend gefallen. Auf dem Leipziger Schlachthofe wurden im Jahre 1906 14 876 Stück Vieh weniger aufgetrieben und dabei ist der Viehautrieb schon im Jahre 1905 um 10 428 Stück zurückgegangen. Kein Wunder, wenn dabei die Viehpreise kolossal gestiegen sind.

Es betrug der Preis im August für

	Ochsen	Kälber	Schafe	Schweine
1904 . . .	75 Mk.	49 Mk.	38 Mk.	56 Mk.
1905 . . .	84	56	42	72
1906 . . .	92	60	44	76

Bei solchen Fleischpreisen müssen allerdings die Arbeiter unfreiwillig zu Vegetariern werden.

Da der Butterpreis auf 117 Mk. gegen 112 Mk. im Jahre 1904 gestiegen ist, steigt zwar der Konsum, aber auch der Preis der Margarine. Den allerhöchsten Preiszuschlag haben aber Mandeln und Nüssen erfahren, da allein der Zollaufschlag 200 Prozent beträgt.

Diese Teuerungen, sagte der Geschäftsführer des Konsumvereins, sind nicht durch Miskanten, sondern durch die offizielle Handels- und Zollpolitik des Deutschen Reiches gekommen. Und diese Teuerung werde leider auch noch für die Zukunft anhalten!

Der ganze Bericht bestätigt leider alles, was die Sozialdemokratie vorausgesagt hat, nämlich, daß der Zollaufschlag dem Proletariat schwere Wunden schlagen wird.

Ziffernmäßig wird nachgewiesen, daß trotz der gesteigerten Löhne die Lebenshaltung der Arbeiter keine bessere, sondern eine schlechtere geworden ist.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand ersucht um Angabe der Adresse des Steinmeigen Otto Sieger, früher Kassierer in Ebelsbach a. M.

Korrespondenzen.

Brackweide. „Recht trostlos“ ist wohl die gelindeste Bezeichnung für die Verhältnisse der Steinarbeiter in Bielefeld und Umgebung. Arbeiterbeschwerden sind fast gänzlich fremde Dinge, um die sich die Arbeitgeber wenig kümmern. Die Firma Kronenberger glaubt, in der Lohnfrage etwas Besonderes leisten zu müssen. Ist die Arbeit etwas dringend, wird einigermaßen bezahlt, bei flauer Geschäftszeit aber wird desto mehr reduziert. Vorige Woche traten dort vier Mann in Arbeit, dieselben wollten, wie es sich von einem Arbeiter selbstverständlich versteht, auch die Lohnfrage geregelt haben. Es wurde denselben erklärt, daß im Afford gearbeitet werde. Auf die weitere Frage, was er für die in Arbeit genommenen Stücke bezahlt, meinte Kronenberger ganz naiv, dies würde er schon berechnen. Die Kollegen waren der Meinung, daß bei Festsetzung des Affordpreises auch sie ein Wort mitreden könnten. Doch weit gefehlt; dafür wäre Kronenberger maßgebend. Diese Kollegen eruchten dann den Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle, bei Kronenberger vorstellig zu werden, um die Sache zu regeln. Einzuschalten ist hier, daß der Vorsitzende bereits von der Firma Kronenberger, sowie einer andern hiesigen Firma das schriftliche Verbot erhalten hat, den Platz nicht zu betreten. Um ja nicht mit dem Geheiß in Konflikt zu kommen, sollte erst die Erlaubnis zum Betreten des Platzes eingeholt werden. Darob aber große Entrüstung seitens Kronenbergers und gleichzeitig die Ausrufung: „Wenn der herein kommt, erhält er Ohrfeigen; das ist ein Schnapsbruder, ein Faulenzer. Der hat mir schon manchen Kerger gemacht.“ Es ist wohl selbstverständlich, daß der beleidigte Kollege dies nicht ruhig hinnimmt, sondern Schritte eingeleitet hat, um eine Wiederholung zu vermeiden. Auch soll noch bemerkt werden, daß der Kollege schon seit langer Zeit an der Berufsunfähigkeit leidet, auch nach ärztlichem Gutachten arbeitsunfähig ist. Die vier Kollegen hielten es für richtiger, den Platz Kronenberger zu meiden. Den uns noch fernstehenden Kollegen rufen wir aber zu: Tretet ein in unsere Reihen, macht diesen traurigen Zuständen ein Ende, nur fest geschlossen können wir etwas erreichen.

Breslau I. Am 11. Oktober fand im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Lohse war ebenfalls anwesend. Es handelte sich um Differenzen auf Platz Franz und Niggel. Auf Platz Franz hatten sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt, weil dieser in Deutmannsdorf die 10 Prozent nicht bewilligt hat. Hier in Breslau fehlt es fast an jedem Stück. Kollegen, welche ihr Geld verlangten, sind entlassen, angeblich, weil die Arbeiter streikten. Um nun nicht in Verzug zu kommen, Streitarbeit zu machen, legten die Kollegen die Arbeit nieder. (?) Bei Niggel hatten die Kollegen wegen Maßregelung die Arbeit niedergelegt. Der Gemahregelte hatte ebenfalls die richtige Bezahlung verlangt und Geschirr, womit auch gearbeitet werden könne. So wurde ein Grund gesucht, denselben los zu werden. Zuspätkommen mußte herhalten, trotzdem es bei andern nicht auffiel. Nach lebhafter Debatte wurde eine Kommission gewählt, um die Angelegenheit mit beiden Firmen zu regeln. Bei Franz wurde die Arbeit wieder aufgenommen, bei Niggel hatte die Kommission nicht den Erfolg. Der Gemahregelte wurde nicht wieder eingestellt, weil die „Autorität des Geschäfts“ darunter leiden würde. Daraufhin wurde beschlossen, den Platz zu sperren. Die Ledigen reissen bis auf zwei ab. Zum Schluß wurde noch ein Kollege aufgenommen, welcher mehrere Jahre hier schon tätig ist; er versprach, jetzt treu zum Verband zu halten. Gauleiter Lohse hielt noch eine kernige Ansprache, worin er die Kollegen ersuchte, stets zusammenzustehen, damit den Zumutungen einzelner Unternehmer Trotz geboten werden könne.

Eberbach. Am 7. Oktober tagte hier im Gasthaus zum Engel eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Als Referent erschien Gauleiter Kraft aus Mannheim. Derselbe sprach über die moderne Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen. Er verfolgte die Entstehung und die Entwicklung der Gewerkschaften bis in die heutige Zeit und betonte besonders die Arbeitsverhältnisse in hiesiger Gegend. Da sich in Eberbach die fünf Dunderischen Gewerkschaften eingemischt haben, war auch ein zahlreicher Besuch zu erwarten. Aber leider schickte der von ihnen bestellte Referent in letzter Stunde ein abfälliges Telegramm. Gauleiter Kraft streifte in kurzen Zügen die Handlungs- und

Stampfesweise dieser Organisation und hob besonders hervor, daß der Referent wohl aus Angst der Verammlung ferngeblieben ist. Eine Widerrede von anderer Seite erfolgte nicht. Kollege Kraft erntete zum Schluß stürmischen Beifall und forderte die anwesenden Kollegen zum Beitritt zum Verband auf. Es ließen sich hierauf 11 Mann aufnehmen, wozu noch zwei Einzelmitglieder der Zahlstelle Mannheim hinzukommen. Viele Kollegen wollen noch dem Verbands beitreten. Der Gesamtvorstand besteht aus dem Vorsitzenden Georg Schmitt, Odenwaldstraße 678; dem Kassierer Wilhelm L. Krauth, Brühlstraße 235; dem Schriftführer Joh. Mazzarol, Kellereistraße 107, und aus den Revisoren Georg Brümmer und Friedrich Knupp. Wir hoffen, daß sich die Zahlstelle weiter entwidelt und die Eberbacher Steinarbeiter einer besseren Zukunft entgegengehen.

Kassel. Am 12. Oktober fand hier eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde bekanntgegeben. Gerügt wurde, daß ein Revisor nicht die Abrechnung prüfte, sondern bei der Prüfung fehlte. Das Herbstvermögen brachte einen Ueberschuß von 19 Mark, obwohl der größte Teil der Kollegen, darunter zwei Vorstandsmitglieder, denselben ferngeblieben waren. Nach einer recht regen Debatte über einige säumige Mitglieder einigte man sich dahin, daß dieselben aufzufordern sind, bis 1. November ihre Bücher in Ordnung zu bringen, andernfalls sie gestrichen werden. Hierauf hielt der Vorsitzende einen interessanten Vortrag über: Die moderne Arbeiterbewegung. Er streifte hierbei die Entstehung der heutigen Arbeiterbewegung, ihre Grundursachen, ihr Wesen und ihr Ziel. Seine Ausführungen gipfelten darin: Jeder, der auf den Namen eines modernen Arbeiters Anspruch erhebt, ist nicht nur verpflichtet, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sondern er muß auch der politischen Organisation sich anschließen und die Parteipresse lesen. Auch genossenschaftlich müssen sich die Arbeiter zusammenschließen, in den Konsumvereinen zum gemeinschaftlichen Einkauf von Waren aller Art, damit auch diese Vereinigungen erstarken und zur Eigenproduktion übergehen können. In der hierauf folgenden Debatte streifte ein Kollege die Ausführungen der Redner auf dem Mannheimer Parteitag über das Verhältnis der Gewerkschaften und Partei. Auf Anregung desselben Kollegen soll eine Statistik aufgenommen werden, wieviel von den Mitgliedern politisch organisiert sind und das Parteiblatt lesen. In der nächsten Versammlung soll wieder ein Vortrag gehalten werden. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Lübeck. Am 6. Oktober tagte im Vereinshause eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Nachdem der Kartellbericht erstattet, wurden 15 Mark für die streikenden Tischler bewilligt, die durch Sammellisten wieder aufgebracht werden sollen. Sodann wurden die eigentümlichen Einstellungs- und Entlassungsmethoden von der Firma Lübeck u. Passarge zur Sprache gebracht. Vor einigen Wochen reisten zwei fremde Schleifer zu, und bei Arbeitsnachfrage wurde ihnen der Bescheid, in 14 Tagen anfangen zu können. Nachdem sie wieder abgereist, erhielten sie nach 8 Tagen die briefliche Nachricht, schon jetzt in Arbeit treten zu können. Auf dieses hin machte sich ein Kollege nach Lübeck, dort wurde ihm wieder der Bescheid, noch einige Tage zu warten. Während dieser Wartezeit wurden nun drei Steinmeigen und zwei Schleifer entlassen, weil die eine Säge noch nicht fertig sei. Ein anderer Kollege, dessen Familie sich in Moskau befindet, fragt darauf den Herrn Lübeck, ob er seine Familie nachkommen lassen könnte. Die Antwort war: Ja, Arbeit ist genug vorhanden. Eine Woche später kam der Polier und ersuchte den Kollegen, die Wohnung wieder aufzugeben, er könne nicht mehr beschäftigt werden. Alles zum Umzug war besorgt. Unkosten gemacht. Herr Lübeck antwortete auf Vorstelligen des Betreffenden: Im Juli hätte er verlangt, daß die Steinmeigen ihm einen Affordtarif ausarbeiteten — was ihm von der Zentralleitung zugesagt worden sei —, aber die Steinmeigen hätten es kurzerhand abgelehnt. Darum seien sie gezwungen, andre Maßregeln zu ergreifen, und es werde jetzt so gearbeitet, wie es ihm passe. Auf diese Neußerung hin wurde beim Zentralvorstand angefragt, ob es sich so verhalte, die Antwort war ein recht grober Brief (?), welcher in der Versammlung sehr gerügt wurde. Die zureisenden Kollegen werden ersucht, sich erst beim Vorsitzenden zu erkundigen, ehe sie um Arbeit zusprechen. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Ann. d. Ned.: Man muß sich nur wundern, daß es Kollegen gibt, die sich von Unternehmern solche Märchen aufbinden lassen. Eine weitere Neußerung hierzu ist überflüssig.

Metten. In einer zahlreich besuchten öffentlichen Steinarbeiterversammlung referierte Gauleiter Mittenmeier in 1½stündiger Rede über Entstehung, Ziele und Kämpfe der freien Gewerkschaften. Redner schilderte zunächst in eingehender Weise, wie sich das frühere patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelöst habe und wie die heutige kapitalistische Produktionsweise den Arbeiter immer mehr auf den Weg zur Selbsthilfe treibe. Es könne deshalb für den Arbeiter kein Zweifel mehr bestehen, daß nur in den gewerkschaftlichen Organisationen seine Interessen am besten vertreten werden. Aber nur eine stramme Organisation könne mit dem gut koordinierten Unternehmertum den Kampf erfolgreich aufnehmen, denn es sei ja eine bekannte Tatsache, daß jede noch so kleine Forderung der Arbeiter sich als eine Machtfrage gestalte, wie ja dies der Kampf im Aufschlagsgebiet beweise. Daß bei solchen Gelegenheiten sich Polizei und Behörden auf Seite der Unternehmer stellen, sei hinlänglich bekannt, er erinnere nur kurz an Breslau und Nürnberg. Solche Urteile und Vorurteile tragen nur dazu bei, daß auch dem indifferentesten Arbeiter doch endlich einmal die Augen geöffnet werden. Redner geißelte dann in scharfen Worten die Mißstände und Verhältnisse gegen die Bundesratsverordnung; diese scheinen für so manchen Unternehmer nur auf dem Papier zu stehen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten revidieren nicht wie es wünschenswert und so konnte es vorkommen, daß bei einem hiesigen Meister ein Faß Pulver in der Schmelde aufbewahrt wurde. Es wurde Anzeige erstattet, das Pulver auch vorgefunden, und man glaubte allgemein, es werde auch die Bestrafung des betreffenden Meisters erfolgen. Doch in der letzten Minute erhielt Kläger die Order, zum Verhandlungstermin nicht zu erscheinen, das Verfahren sei aufgehoben. Hier müsse Remedur geschaffen werden. Wenn die Gewerbeinspektion verfrage, gebe es noch höhere Instanzen. Mittenmeier schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Appell an die anwesenden Mitglieder, in ihrem Organisationsseifer, der ja gerade in Metten zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, nicht zu erlahmen. In der Diskussion kritisierte der Vorsitzende Beil das Verhalten des Steinmeisters Martin Steinginger. Dieser habe zwar eine Wärmehütte gebaut, aber wie es scheint, nicht für die Arbeiter, weil er diesen den Zutritt verweigere. Bei einem andern Meister sei eine Werkhütte mit einer Winde als Stütze unterstellt, welche beim geringsten Windstoß umfallen könne. Von all diesen Mißständen sehe der revidierende Gewerbeinspektor, Herr Ried aus Landshut, nichts, er findet immer alles in schönster Ordnung. Das ist auch leicht erklärlich, befindet er sich doch stets in Begleitung eines Meisters. Als er das letztmal revidierte, verfiel sich dieser Herr zu der merkwürdigen Neußerung, daß alles, was Staudinger in der Versammlung am 8. April gesagt habe, auf Unwahrheit beruhe. Nun, die Steinarbeiter Mettens wissen es besser, wie es in ihren Betrieben bestellt ist und werden nicht veräumen, die maßgebenden Instanzen energisch an ihre Pflicht zu mahnen. Darauf Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Rotenburg. Am 9. Oktober tagte in Gartershofen die gut besuchte ordentliche Generalversammlung der Zahlstelle. Die Quartalsabrechnung wurde nach kurzer Debatte genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Beschlossen wurde, von der 42. Jahreswoche ab in die erste Beitragsklasse überzutreten und 5 Pfg. Sozialzuschlag zu erheben. Die bisherigen Verwaltungs-

mitglieder wurden wiedergewählt. Unter Verschiedenes wurde festgesetzt, daß die anässigen Kollegen bis auf einen untergebrach sind, und wenn die ledigen Kollegen, die während des Streiks auswärts beschäftigt waren, etwas mehr Solidarität gezeigt hätten, dann wäre auch der letzte untergebracht und Herr Eckart sowie sein Geschäftsführer Sommer wären dann wohl etwas weniger prozig. Daß Herr Eckart noch Steinmeigen braucht, dürfte aus folgendem uns übergebenen Was hervorgehen:

Herrn Bauführer Sommer (Firma Eckart).

Ueberbringer dieses ist der besprochene Steinbauer von hier, er will bei Ihnen in Arbeit treten. Mandersacker, 8. Oktober 1906.

Der besprochene Steinbauer hat das Glück, noch recht jung zu sein und Herr Eckart hofft, solche Kollegen nach seinem Bunde zu ziehen zu können. Gegenwärtig beschäftigt Eckart 10 Hülsen und 7 Lehrlinge, jedoch müssen auf erhobene Beschwerden unsererseits die überzähligen Lehrlinge entlassen werden. Am 6. Oktober wurden endlich auch Kollegen an der St. Jakobskirche hier eingestellt, obwohl mit den Arbeiten schon Mitte August begonnen werden sollte. Die christliche Kirchenbauverwaltung hat sich in recht unchristlicher Weise auf seiten der vom Streik betroffenen Unternehmer gestellt und erklärt, mit den Arbeiten nicht früher zu beginnen, bis die Sperre über den Werkplatz Eckart aufgehoben sei. Obwohl der Bauleiter Herr Kleinbroth Mitglied des Rotenburger Unternehmerverbandes ist und im letzten Frühjahr der hiesige Unternehmerverband die Organisation ausdrücklich anerkannte, verweigert Herr Kleinbroth die Anerkennung der Organisation. Wir erwarten von unsern Kollegen, daß sie für einen Stundenlohn von 40 Pfg. ihre gewerkschaftlichen und politischen Rechte nicht verkaufen.

Strehlen. Die Firmeneinhaber der Vereinigten Grummen-dorfer Quarzschleiferbrüche in Nieperdorf senden uns auf den in Nr. 40 erschienenen Bericht eine Richtigstellung mit der Bitte um Aufnahme zu: 1. Es ist nicht wahr, daß Wochenlöhne bis 5 Mark herunter gezahlt werden. Dieselben betragen vielmehr bei voller Wochenarbeit für Tagearbeiter 10,20 bis 15 Mark und für Affordarbeiter dementsprechend höher. 2. Die Wohnungsverhältnisse der Steinarbeiter sind den örtlichen Verhältnissen angepaßt, gut, zumal ein Teil derselben eignen Grundbesitz oder kleinere Besitzungen in Pacht hat. 3. Die fongessionierte Kantine ist unter eigener Verwaltung eines aus drei Mitgliedern bestehenden Ausschusses, von denen zwei freigewählt sind. In derselben wird das Zubereitete und Beste den Arbeitern zu billigen Preisen abgegeben und wird der erzielte Gewinn alljährlich zu Weihnachten in bar unter die Arbeiter verteilt; außerdem nach freiem Ermessen des Vorstands zu Unterstühtungen der eignen Arbeitskollegen verwendet. Ein wiederholter Versuch des Schnapsverbots führte zu arger Mißstimmung und Zwischenhändel. Lange, Luz u. Delzner.

Wir bringen die „Berichtigung“, obgleich auf Grund des Freigeetzes keine Verpflichtung besteht, da sie den Anforderungen einer Berichtigung nicht entspricht. Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß in dem angezogenen Bericht in Nr. 40 das Hauptgewicht auf die Kennzeichnung der miserablen Lohnverhältnisse gelegt ist, das erbärmliche dieser Löhne wird durch obige von den Firmeneinhabern angeführten Löhne nur bestätigt. Daß die Wohnungsverhältnisse schlecht sind, ist nicht behauptet, denn tatsächlich wohnen eine Anzahl Steinarbeiter bei Bauern, wodurch ihre Bewegungsfreiheit gehemmt wird, weil sie befürchten, daß, sobald ihre Mitgliedschaft bekannt wird, sie aus den Wohnstätten befristet werden. Auch die Behauptung, daß die Arbeiter den Schnaps ein Drittel teurer in der Kantine bezahlen müssen, als wie der Einkaufspreis ist, wird durch Obiges nicht widerlegt. Die Ausführungen von der Verwaltung und Verteilung des Ueberschusses sind unsererseits gar nicht bezweifelt und demnach als Deforation der Richtigstellung zu betrachten.

Rundschau.

Die eingelegte Revision gegen das Urteil des Königl. Landgerichts zu Leipzig vom 2. Juli, in der Strafsache gegen unsern Kollegen Staudinger, der wegen versuchter Erpressung und öffentlicher Beleidigung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde, kommt am 13. November vor dem 4. Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung.

Die vierte Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer tagte am 23. und 28. September in Frankfurt am Main. Gleichzeitig feierte der Verband sein fünf- undzwanzigjähriges Bestehen. Bei dieser Gelegenheit hat der Vorstand eine umfangreiche und sehr interessante Festschrift herausgegeben. (Siehe Steinarbeiter Nr. 38, Beilage.) Anwesend waren 26 Delegierte. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist trotz großer Fluktuation von 2908 im Jahre 1893 auf 4875 im Jahre 1905 gestiegen. Das Vermögen betrug Ende 1905 88 574 Mk. Von 1898 bis 1905 wurden an Beiträgen bezahlt: 1 363 596 Mk., an Eintrittsgeldern 7022 Mk. Die Gesamteinnahmen betragen 1 451 410 Mk. An Unterstützung bei Streiks usw. wurden in diesem Zeitraum bezahlt 158 399 Mk. (1905 allein 28 779 Mk.), an Arbeitslosenunterstützung am Orte 548 749 Mk. (1905: 54 677 Mk.), an Unterstützung auf der Reise 144 467 Mk. (1905: 81 677 Mk.), in Krankheitsfällen 131 637 Mk. (1905: 10 988 Mk.), in Sterbefällen 9750 Mk. (1905: 515 Mk.), in besonderen Notfällen 13 452 Mk. (1905: 2562 Mk.), von Streiks anderer Gewerkschaften 17 073 Mk. (1905: 1200 Mk.). Die Gesamtausgaben beziffern sich auf 1 423 551 Mk. Das sind für einen so kleinen Verband ganz respektable Leistungen. Wie groß die Fluktuation war, zeigen folgende Zahlen: Von 1903 bis 1905 waren in den Verband eingetreten 5293, ausgetreten 383, ausgeschlossen wurden 2631, es starben 94, ins Ausland gingen 444, zum Militär 333 und zur Schule 226. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes enthält noch ausführliche Angaben über die Lohnbewegungen in den letzten drei Jahren, ferner über die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Lage der Bildhauer. Von allgemeinem Interesse sind folgende drei Resolutionen, die sämtlich angenommen wurden: „Die Generalversammlung erklärt die Taktik der Berliner Verwaltungsstelle bezüglich der letzten Holz-bildhauerbewegung zwecks Erreichung des Achtstundentages grundsätzlich für verfehlt. Lohnbewegungen von so weitgehender Natur ohne genügende Vorbereitung und ohne Berücksichtigung der von den in Betracht kommenden Instanzen angeordneten Maßnahmen sollten überhaupt nicht zur Abstimmung gebracht werden, noch dazu am aller-twenigsten in einer öffentlichen Versammlung.“ — „Die Generalversammlung erklärt, daß bei Inzisierung von großen Streiks, mehr als es bisher geschehen ist, alle leitenden Instanzen davon verständigt werden müssen und diese nicht, wie vorgekommen, vor vollendete Tatsachen gestellt werden dürfen.“ — „Den Zentralvorstand zu beauftragen, mit dem unserm Zentralverein verwandten Organisationen zweckentsprechende Kartellverträge abzuschließen, und zwar auf zentraler Basis.“ (Am Vorabend der Eröffnung der General-versammlung fand eine nichtoffizielle Sitzung zu dieser

Frage in Frankfurt statt. Als Vertreter unseres Verbandes waren zwei Kollegen der Frankfurter Zahlstelle delegiert. — Zu bemerken ist noch, daß Verhandlungen zwecks Abschluß eines Kartellvertrags zwischen Vertretern des Zentralvereins der Bildhauer und dem Vorstande des Steinarbeiterverbandes bereits stattgefunden haben, und wird voraussichtlich der genannte Vertrag bald zum Abschluß kommen.) Zu den Punkten Beitragsfestsetzung und Anstellung von weiteren Beamten in der Zentrale lagen über hundert Anträge vor. Es wurde beschloffen, den Beitrag auf 75 Pfg. wöchentlich zu erhöhen. In solchen Orten, wo der Verdienst unter 18 Mk. bleibt, soll er nur 50 Pfg. betragen. In solchen Fällen sollen die Unterstüßungen auch nur zwei Drittel der statutenmäßigen Sätze betragen. Die Streikunterstützung beträgt für jeden Kalendertag 2 Mk. Verheiratete erhalten für jedes Kind einen Zuschuß von 1 Mk. wöchentlich bis zur Höhe der Gesamtwochensumme von 18 Mk. Bei Aussperrungen wird die Unterstützung nur nach 13wöchiger Mitgliedschaft gewährt. Mitglieder, die bei Streiks verwandter Berufe in Mitleidenschaft gezogen werden, erhalten, sobald vorher eine Verständigung stattgefunden hat, gleichfalls Unterstützung. Die übrigen Unterstüßungen werden folgenmaßen geregelt: Die Karenzzeit beträgt 52 Wochen. Von der 53. Woche bis zu drei Jahren werden 42 Tage lang 1 Mk. bezahlt, bis zu einer Mitgliedschaftsdauer von acht Jahren 56 Tage lang und von da an 70 Tage lang. Für das neu einzurichtende Zentralbureau soll ein neuer Beamter angestellt werden. Ein Antrag, wonach Meister und Werkführer nicht Mitglieder sein können, wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Der Steinarbeiterverband Oesterreichs hält am 2. und 3. Februar 1907 seinen 2. ordentlichen Verbandstag in Wien ab. Die Tagesordnung ist eine reichhaltige. Wir werden zu gegebener Zeit die Verhandlungen unserer Bruderorganisation im Sachjargon zur Kenntnis bringen.

Der Vorstand des Verbandes der Steinseker, Pfisterer und Berufsgenossen beruft zum 17. Februar 1907 den 7. Verbandstag ein. Derselbe findet in Leipzig (Volkshaus) statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Die Beratungen werden für die uns befreundete Organisation von großer Bedeutung sein.

Bewegung der Bergarbeiter. Eine Verschmelzung der bestehenden Bergarbeiterorganisationen zu einem Verband, wie es von Mitgliedern der verschiedenen Organisationen angeregt wurde, wird von den christlichen Wortführern weit abgewiesen. Die verschiedenen Verbände bleiben demnach bestehen bis — die Mitglieder, trotz der Wortführer, den Zusammenschluß energisch vollziehen. Bis dahin werden die anmaßenden Grubenbarone mehr Spielraum haben, als wenn der Organisationszersplitterung ein Ende gemacht worden wäre. — Kommen wirs. — Schon lange gärt es unter den Bergarbeitern. Die Vertreter der fünf deutschen Bergarbeiterverbände, die ca. 220 000 Organisierte umfassen, beschloffen einstimmig, eine 15prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Diese Forderungen sind bereits eingereicht durch die Siebenerkommission. Der Ausgang der Bewegung ist noch nicht vorauszusagen, obgleich die Forderung der Bergleute auf 15 Prozent Lohnerhöhung glatt ablehnen. Die Arbeiter hätten bereits ihren Anteil an der günstigen Konjunktur und für die Leuerung trage die Regierung die Verantwortung. Eine weitere Lohnerhöhung könne frühestens April gleichzeitig mit einer Kohlenpreiserhöhung eintreten. Die Bedenken seien wohl bereit, mit ihren Belegschaften zu verhandeln, aber kaum mit den Organisationen.

Arbeiterisiko. In Ederstetten, nicht weit von Metten, ereignete sich vor kurzem ein schrecklicher Unglücksfall. Der Steinmetz Heinrich Obser, der mit seinem Schwager selbst einen kleinen Betrieb führte, war damit beschäftigt, einen größeren Stein aus diesem Loch herauszuwinden. Unterbreiten löste sich ein Felsstück ab und fiel dem Unglücklichen auf den Rücken. Obser war sofort eine Leiche. Er hinterläßt eine Frau mit drei unmündigen Kindern. — Auch in Metten scheinen sich in letzter Zeit die Unfälle wieder zu vermehren. So ist es in dem Betrieb der Bayerischen Granitaktiengesellschaft seit kurzer Zeit der zweite Fall, daß ein Familienvater erheblich verletzt wurde.

Zur Beachtung.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstagnachmittag in unseren Händen sind.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Meißen I. Die Vertrauensleute allerorts werden ersucht, die Adresse des Steinmetzen Gustav Hesse, geb. 16. September 1876 zu Großsauer, an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Simon Friedel, Vors., Kaiserstraße 24, pt.

Bielefeld-Bradwede. Die reisenden Kollegen werden ersucht, vor dem Umschauen auf hiesigen Werkplätzen erst beim Vorsitzenden Karl Harnisch, Bielefeld, Luisenstraße 16, vorzusprechen. Die Ortsverwaltung. J. A.: Karl Harnisch.

Hochspeyer. Ersuche die Kollegen mir die Adresse des Steinmetzen Rudolf Joseph, geb. 11. Oktober 1889 zu Hochspeyer, mitzuteilen. B. Kunz, Vors., Fischbachstraße 22.

Hannover. Zutreffende Kollegen haben, bevor sie um Arbeit vorprechen, sich beim Vorsitzenden Ernst Volke, Al. Düvelstr. 3b, zu melden.

Erfurt. Ersuche die Vertrauensleute mir die Adresse des Kollegen Hugo Rehnert aus Droßig, Buchnummer 12259 zu übermitteln. D. Reisinger, Lühnowstraße 8, II, I.

Adressen-Änderungen.

Wittenberg. Kassierer: Rob. Schlichtmann, Marstallstr. 4. Simmern (neue Zahlstelle im 7. Gau). Vorsitzender: Jacob Ziemer. Kassierer: Karl Martin II.

Lauban (neue Zahlstelle im 3. Gau). Vorsitzender: Paul Enders, Grund 1. Kassierer: Fritz Hoffmann, Herrenstr. 12.

Warbis a. Harz (neue Zahlstelle im 6. Gau). Vorsitzender und Kassierer: Albert Pötsch, Warbis Nr. 70.

Düsseldorf II. Vorsitzender: Peter Esch, Düsseldorf Str. 9/11. Kassierer: Franz Lenbusch, Dianastr. 31.

Hannover. Kassierer: M. Förster, Linden-Hannover, Zimmerstraße 103, I.

Bunzlau. Vorsitzender: Carl Schulze, Schönfelder Str. 18, I. Kassierer: Wilhelm Bartsch, Angelweg 7, part.

Niel II. Vorsitzender: Albin Lehmann, Klosterstraße 12, I. r. **Berlin I.** Vorsitzender: Franz Starker, Berlin-N., Fennstraße 40, part. Kassierer: Leonhard Hartmann, Schöneberg, Siegfriedstraße 6.

Erfurt. Reiseunterstützung wird auf Platz Anhalt, Zitzhenstraße 56, ausbezahlt. Nach Feierabend sowie Sonntags bei Arthur Korsch, Radowitzstraße 40, pt.

Koblenz. Vorsitzender: Wilhelm Lutz, Backstraße. **Oberdorf.** Vorsitzender: Anton Fett, Langgüterstr. 257. Kassierer: Karl Peterseim, Dredgasse. **Wiesbaden.** Kassierer: Jakob Schneider, Hochstraße 4.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 8. bis mit 13. Oktober 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Erbsparmarken, Z. = Zeitungsmarken, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, Erw. = Erwerblosmarken, M. = Material, Pr. = Protokolle.)

Leipzig (Drisler), B. 4.—; Linden, B. 2.10; Sandberg, B. 15.80; Wittenberg, B. 4.—; Arnstadt, B. 6.20; Schwerin, B. 4.95; Gmünd, Ins. 3.—; Kassel, B. 148.—, Erw. 2.—; Düsseldorf I, B. 86.60; Danzig, B. 87.96, M. 1.50; Kitzberg, B. 60.80, M. 0.20, Ins. 1.—, Erw. 10.—; Meißen I, B. 438.81, E. 0.50, M. 0.30; Neuforg, B. 0.65; Offenburg, B. 84.—, E. 6.—, M. 4.30, Erw. 0.60; Magwitz-Edenbürg, B. 184.—; Rosen, B. 105.20, E. 5.25, D. 6.25, Z. 17.50, M. 2.50, Ins. 1.20, Erw. 0.80; Wittenberg, B. 100.13, E. 2.—, M. 0.75, Erw. 2.—; Ulm, B. 61.20; Simmern, B. 4.14, E. 4.50; Randersacker, Erw. 40.—; Birkenfeld, B. 32.50, E. 2.50, M. 5.—; Pilsgrämsreuth, B. 180.60, E. 0.50, M. 2.50, Erw. 14.40; Neustadt a. S., B. 168.—, E. 1.50, Z. 2.—, M. 5.—, Erw. 1.30; München, B. 552.—, E. 4.50, M. 3.60, Ins. 1.—, Erw. 11.90; Wittweida, B. 294.—, M. 0.30; Sahr, B. 131.60, D. 1.75, Z. 0.50, M. 3.30, Erw. 0.80; Hirn, B. 31.70, E. 9.—; Horfa, B. 64.75, E. 1.50, Erw. 0.25; Kleinheubach, B. 126.—, M. 3.50; Kirchenlamitz, B. 224.96, E. 0.50, Erw. 2.10; Seppenheim, B. 77.61; Kassel, B. 36.—; Braunschweig 111.73 (?); Mühlheim, B. 4.95; Herzberg, B. 3.—; Recklinghausen, B. 3.40; Werbau, B. 7.80;

Herrnstadt, B. 3.35; Seelitz, B. 6.—; Varel, B. 7.40; Stadt, B. 4.50; Hamburg, Ins. 19.45; Breslau I, B. 552.—, E. 12.—, M. 10.30, Erw. 20.—; Garbheim, B. 16.16, E. 0.50; Klingenberg, B. 93.94, E. 1.—, D. 0.25, Z. 2.—, Erw. 0.65; Kaiserhammer, B. 79.80, Erw. 0.20; Sittichenbach, B. 57.—; Mühlhausen i. Ell., B. 102.12, E. 6.50, M. 5.10; Radoßzell, B. 75.60, M. 0.80, Erw. 1.—; Reichenbach, B. 336.—, E. 10.50, M. 5.—, Erw. 10.—; Rammelsbach, B. 142.88, E. 4.—, M. 6.20, Erw. 1.60; Stuttgart I, B. 93.70, Erw. 1.30; Seib, B. 460.—, M. 6.—; Rothenburg, B. 37.80, E. 5.—, M. 4.80; Müllenberg, D. 4.—, Z. 1.—; Mittelsteine, B. 200.—, E. 15.—, M. 5.55; Hoof II, B. 76.—; Hoof I, B. 32.20, M. 0.30; Erstein, B. 17.48, E. 1.50, M. 0.50; Dörfau, B. 85.10, Erw. 1.40; Köln II, B. 278.—, D. 5.—, M. 2.—, Erw. 5.—; Blaubeurg, Erw. 10.—; Bernsdorf, B. 127.68, E. 1.25, Erw. 2.20; Amorbach, B. 0.50, Z. 9.50; Seelitz, B. 1.10; Erfurt, B. 8.25, Erw. 0.60; Thale, B. 3.40; Roßwein, B. 5.85; Eignitz, B. 3.85; Altenglan, B. 2.8.—, E. 9.—, M. 0.30, Erw. 10.—; Bunzlau, B. 455.06, M. 0.30, Erw. 20.—; Cramwinkel, B. 138.—; Königsbrück, B. 101.22, E. 10.—, M. 3.30, Erw. 2.50; Qßbau, B. 460.—, E. 5.25, M. 3.—; Marburg, B. 92.—, E. 3.—, M. 0.30, Erw. 0.70; Rimbach, B. 53.75, M. 5.61; Wirsberg, B. 113.40, E. 2.50, M. 4.60, Erw. 2.90; Lanbau, B. 126.—; Königsutter, B. 178.94, E. 2.—, M. 3.50, Erw. 0.90; Greifswald, B. 23.—; Bremen, B. 92.82, M. 1.90; Krefeld 0.85; Offenburg, Extra-Unterstützung 6.—. Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Reg. (Auch zur Beachtung für andere Zahlstellen.) Die Beiträge der auswärts arbeitenden Mitglieder müssen in dem Ort, wo die Beschäftigung stattfindet, entrichtet werden. — **W., Brandenburg.** Besten Dank, hoffentlich tritt das Gewünschte ein. a. st.

Abrechnung vom 1. Juli bis 30. September 1906.

Einnahme.		Ausgabe.	
	N		N
Beiträge	77382	Agitation	7815
Eintrittsgeld	1901	Reiseunterstützung	1848
Erwerblosmarken	643	Streikunterstützung	72852
Delegiertensteuer	2206	Maßregelungsunterstützung	6622
Zeitungsmarken	5427	Rechtschutz	1026
Material	747	Umzugskosten	223
Abonnements und Inserate des Steinarbeiters	624	Druckkosten	9087
Diverse Einnahmen (Zinsen, Streikunterstützung usw.)	4691	Gehälter	2575
Saldo für 4. Quartal 06	14189	Porto	2194
		Revisionen und Vorstandssitzungen	268
		Generalversammlung und Konferenzen	148
		Beitrag an die Generalkommission	1200
		Bureau-Ausgaben	1656
		Diverse Ausgaben (Zeitungen, Versicherungsbeiträge, Waren, literarische Arbeit, Unkostenkonto usw.)	244
	107764		107764

Leipzig, im Oktober 1906.

NB. In der Abrechnung des 2. Quartals 1906, bekanntgegeben in Nr. 28 des Steinarbeiter, sind zwei Druckfehler. Unter Einnahme muß es heißen: Saldo für 3. Quartal; unter Ausgabe: Umzugskosten 160 Mk. Die Endsumme stimmt. Ersuche die Kollegen, dieses richtig zu stellen.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Anzeigen

Schreib-Diamanten unter Garantie
à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.
Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.

Steinarbeiter von Luxemburg u. Umg.
Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale der Ww. Ley in Luxemburg, Fischmarkt, eine öffentl. Steinarbeiter-Versammlung statt.
Tagesordnung: 1. Der deutsche Steinarbeiterverband und seine Bedeutung für die Kollegen. Referent: Gauleiter Adolf Herrmann-Köln. 2. Wahl des Vorstandes.
Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Der Einberufer.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen
Zackts, Dosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Steinarbeiter von Königsbrück u. Umg.
Sonntag, den 21. Oktober
Familienabend mit Verlosung
im Hirsch.
Programm 15 Pfg. Programm 15 Pfg.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Komitee.

Laubsägerel
Korbsehnitzerei, Holzbrandmalerei
liefert am billigsten sämtliche Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw.
J. Brendel, Maxdorf 35 (Palz).
Katalog über 2000 Abbildg. geg. 40 Pfg. in Briefm. franko.
Laubsägeholz per qm von 1 Mk. an.

Steinmetz, welcher auf Bau etc., Grabdenkmäler selbständig arbeiten kann, zum baldigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht. Gute Behandlung wird zugesichert.
W. Mühlhüsser, Zementwarengeschäft Gisingen (Württemberg).

Albert Baumann
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis

Hobelbandstahl in vorzüglichster Qualität
Starke Steinbauerbleistifte
echt Rehbach'sches Fabrikat
Steinhauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material
empfiehlt zu billigsten Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bornsdorfer Str. 32.

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Berlin II. Am 1. Oktober starb im Alter von 40 Jahren unser Kollege **Victori Barbacki** an der Wasserkucht.

Darfheim. Am 6. Oktober starb im Alter von 17 Jahren unser Kollege **Wilhelm Weiss** am Typhus.

Hansen. Am 3. Oktober starb im Alter von 25 Jahren 7 Monaten unser Kollege **Chr. Feldmann** an der Lungenschwindsucht.

Copitz. Am 6. Oktober starb im Alter von 32 Jahren 23 Tagen unser Kollege **Max Schlesinger** an der Brustkrankheit.

Birna. Am 11. Oktober starb im Alter von 47 Jahren 5 Monaten unser Kollege **Leonhard Illmer** an der Brustkrankheit.

Aue i. Erzgeb. Am 11. Oktober starb unser Kollege **Josef Schneider** im Alter von 26 Jahren an der Zuckerkrankheit.

Raunheim. Am 14. Oktober starb im Alter von 39 Jahren unser Kollege **Heinrich Diehm** an der Brustkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Mannheim.

Unter dieser Ueberschrift haben wir bereits in Nr. 40 eine eingehende Darstellung von den Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitagess gebracht, soweit der beschränkte Raum es gestattete. Die große Mehrzahl unserer Mitglieder hat durch die politischen Tageszeitungen von den einzelnen Referaten bereits Kenntnis erhalten. Auch das demnächst erscheinende Protokoll über die Mannheimer Tagung gibt den Mitgliedern Gelegenheit, nochmals die Verhandlungen im Zusammenhange zu studieren. Und wer mit seinem Innersten in der Arbeiterbewegung im allgemeinen die Zukunft sieht, der wird nicht veräumen, sich das wichtige Dokument, genannt Protokoll, anzulegen. Dieses trifft nun leider nicht auf alle Mitglieder zu; nicht alle (Bruchdistrikte) hatten Gelegenheit, durch die Tageszeitung objektive Berichte zu erhalten, geschweige denn haben sie Gelegenheit, in den Besitz eines Protokolls zu gelangen. Wir geben deshalb eine gedrängte Darstellung aus dem im Vordergrund stehenden Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Gaaße-Königsberg über Strafrecht, Strafprozeß und Strafbollzug wieder. Der Referent hat wiederholt in großen politischen, u. a. in dem Königsberger Geheimbund- und Hochverratsprozeß, als Verteidiger fungiert. Er führte aus:

Gegenüber den Verhandlungen über die Strafrechtsreform müssen wir grundsätzlich unsern Standpunkt klarstellen und klipp und klar ausdrücken, wie es um unsre Justiz bestellt ist. Die Strafnormen sind nicht unänderbar, sie wechseln mit Zeit und Raum und richten sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen einer Nation. So sind nicht immer und bei allen Völkern Eltern- und Kindermord strafbar gewesen. Greife und Kinder wurden bei einzelnen Völkern getötet, bei dem Spartanern war diese Tat nicht strafbar. Das Strafrecht ist das Selbsterhaltungsprinzip und ermöglicht die Ausführung dieses Prinzips gegen antisoziale Tendenzen. Im Massenstaat haben es aber die herrschenden Klassen immer verstanden, ihr Interesse als identisch mit dem der Gesamtheit und als schutzbedürftig hinzustellen. Dadurch wurde jede Kritik der bestehenden Zustände verhindert. Wir fordern von unserm grundsätzlichen Standpunkt aus zunächst die

Abfassung des Majestätsbeleidigungsparagrafen.

In England gibt es diesen Paragraphen nicht, und niemand wird behaupten, daß England kein Kulturstaat sei. Der Majestätsbeleidigungsparagraf dient dazu, die freie Kritik an den Aeußerungen des Staatsoberhauptes zu verhindern. Er ist ein Mittel der Nachsicht und fördert die niedrigste Demagogie. (Sehr richtig!) Weiter fordern wir die Abfassung der Strafbestimmungen wegen Aufreizung zum Massenhaß. Ein konservativer Abgeordneter hat diesen Paragraphen den Reaktionsparagrafen genannt. Er bietet in der Tat die Handhabe dafür, eine Kritik der bestehenden Staatseinrichtungen zu verhindern, er bringt tagtäglich jemanden wegen irgenbtweiliger allzu lebhaften Aeußerung auf die Anklagebank. Gaben wir doch erleben müssen, daß die Darstellung des schädlichen Einflusses des Großgrundbesitzes und die Erörterung, wie diesem Einfluß der Juncker entgegengewirkt werden könnte, zu einer Klage führte. (Hört, hört!) In gleicher Weise verlangen wir die Beseitigung der Strafbestimmungen wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, weil auch sie geeignet sind, die freie Kritik zu unterbinden. Wir haben es in Leipzig erlebt, daß bei einer Darstellung der Geschichte des sächsischen Königshauses das Gericht im Wege der Auslegung zu der Annahme gelangte, daß auch der herrschende König verächtlich gemacht werden sollte, so sehr sich auch der Angeklagte dagegen wehrte. In Hannover hat man einen Genossen wegen einer Kritik der Versicherungsgeetze und der Wohlfahrtsanstaltungen der Unternehmer gleichfalls auf Grund dieses Paragraphen zu schwerer Strafe verurteilt. Wollte Freiheit der Presse und Rede, Sicherung des Koalitionsrechtes, das nicht weiter durch Ausnahmegeetze illusorisch gemacht werden soll, fort mit den Ausnahmebestimmungen, die den Landarbeitern verbieten, sich zu koalieren und sogar das bloße Verlassen der Arbeit unter Strafe stellen, sind einige weitere Forderungen, die wir erheben müssen. Allerdings, die bestehenden Klassen würden in diesen Reformen eine Gefährdung ihrer Interessen sehen und werden sich deshalb mit aller Macht aufrecht zu erhalten suchen. Die Arbeiterklasse aber muß, wenn sie ihre Kraft und ihre Macht vermehren will, wenigstens einen Teil dieser Reformen schon jetzt durchzuführen suchen. Das wird schwer sein, denn die bestehenden Geetze suchen sich zu erhalten, wenn auch die sozialen Verhältnisse, auf denen sie beruhen, längst andre geworden sind.

„Es erben sich Geetze und Rechte wie eine enge Krankheit fort.“ Und so erscheint einem immer größeren Teile des Volkes Vernunft als Unsinn und Wohlfahrt als Plage. Der Widerspruch zwischen den bestehenden Geetzen und dem Denken und Empfinden des Volkes wird immer tiefer. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichsgerichtsrat Mittelstädt hat das Prinzip der gegenseitigen Rechtsprechung offen ausgesprochen und erklärt, daß, da mit drakonischen Ausnahmegeetzen die Sozialdemokratie nicht mehr zu fassen sei, die bestehenden Geetze die gewünschte Handhabe gegen sie bieten müßten. Da nun aber die bestehenden allgemeinen Geetze darauf nicht zugeschnitten seien, so müsse man sie fein säuberlich in eine Form passen, die den Vertretern des Staates und der Gesellschaft die rechtliche Gewalt in die Hand gibt, rückfälligen Gebrauch von den Geetzen gegen die Todfeinde von Staat und Gesellschaft zu machen. (Vielfaches Hört, hört!) Der Arbeiter aber, der Sozialdemokrat, der das Wort Massenjustiz gebraucht, wird mit Monaten von Gefängnis bestraft. Interessant ist an den Erinnerungen des Kultusministers Wisse sein Bericht über die letzte Ministeritzung vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes. Er ist bezeichnend dafür, was man „ihren“ Richtern zumutet. Der Justizminister benutzte damals die Gelegenheit, wenig taktvoll und ungeschickt, um Wismarck zu versichern, daß alle Richter in Preußen politisch zuverlässig seien. Und Wismarck entgegnete darauf: „Ja, wenn alle wären, wie der Staatsanwalt Tesendorf!“ (Hört, hört!) Der letzte Justizminister Schönstedt hat an dem

Grundhaß des boppelten Rechts

„Duo si faciunt non est idem“ festgehalten und der neue Herr, der Justizminister Weseler, glaubt sich nicht besser beim Parlament einführen zu können, als mit der Versicherung, daß die Geetze gegen die Sozialdemokratie mit aller Strenge durchgeführt werden würden. Neuerdings ist er noch weiter gegangen. Er hat vor dem deutschen Kaiser den Berliner Professor Gierke gegen die Sozialdemokratie scharf machen lassen. Die deutschen Richter dürften keinen Schritt zurückweichen vor dem immer lauter ershallenden und sich immer höher hervorwagenden Vorwurf der Klassenjustiz. Dieser Vorwurf sei nur die Antwort der Sozialdemokratie auf die Verurteilung politischer Friedensstörer. (Vielfaches Hört, hört!) Welcher plumpe Versuch, die Autorität des Justizministers und des Kaisers für die Klassenjustiz

auszuschlachten. (Sehr richtig!) Das Koalitionsrecht kann heute überhaupt nicht mehr ausgenutzt werden, ohne daß der Arbeiter dem Strafrichter verfällt. Die bloße Ankündigung, daß gestreift werden soll, wird als Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung oder als Erpressungsversuch angesehen. Aber noch nie ist gegen einen Unternehmer Anklage erhoben worden. Selbst im jüngsten

Breslauer Prozeß

hat man das nicht durchsetzen können. Wenn nun die Arbeiter selbst sehen, daß dieselben Geetze für Arbeiter und Unternehmer zwar gelten, aber verschieden angewendet werden, dann müßten sie ja sichblut in den Adern haben, wenn sie sich nicht mit aller Macht aufbäumen würden gegen die Klassenjustiz. (Beifall.) Hat mir doch jüngst selbst ein Staatsanwalt gesagt: „Was wollen Sie denn, der § 153 ist doch seinem ganzen Geiste nach nur gegen die Arbeiter gemacht worden!“ (Hört, hört! Bewegung.) Einen Arbeitswilligen in Deutschland anzuspüren, ohne ihn zu beleidigen, ist ein Kunststück, das mir einer nachmachen soll. (Weiterkeit.) In Breslau haben wir es erlebt, daß der Auf: „Hoch lebe der katholische Arbeiterverein!“ als eine Ehrverletzung eines katholischen Arbeitswilligen aufgefaßt wurde, nur weil die Worte angeblich mit einem irionischen Lachen verbunden waren. Auch der Satz „es ist nicht schön von Dir, daß Du arbeitest, während wir streiken,“ wurde als Ehrverletzung aufgefaßt. Die Ehre des Arbeitswilligen ist bei uns in Deutschland so zart und fein geworden, daß nicht der leiseste Lufthauch namentlich aus dem Munde eines Streikenden sie treffen darf. Ist es da ein Wunder, wenn diese wühlischen Elemente immer mehr Mut fassen und sich als privilegiert betrachten? Was haben wir in Nürnberg, Magdeburg und Berlin sehen müssen? In Nürnberg wird ein Streikender niedergestochen und schon eine Stunde nachher bewegt sich der Täter frei auf der Straße. (Bewegung.) In Berlin wird ein Streikender niedergestochen und auch dort läuft der Täter frei umher. Und in Magdeburg wird ein Aufseher bei einem Kutscherstreik niedergestochen und das Gericht nimmt an, daß der Arbeitswillige in vermeintlicher Notwehr gehandelt hat und spricht ihn frei. (Hört, hört!) Wenn doch auch andre Arbeiter ebenso wohlwollend beurteilt werden müßten. Kann die Arbeiterklasse ruhig zusehen, wie sie Tag für Tag in ihren Rechten bedroht wird, während andre den weitgehenden Schutz genießen?

Wir können nichts Besseres tun, als immer wieder diese Methode des Zweierleimasses zu kritisieren und vor der Öffentlichkeit festzunageln. Der Prozeß in Breslau hat selbst in gemäßigten liberalen Kreisen Entrüstung hervorgerufen. (Redner verliest einen Artikel des Berliner Tageblatts.) Die ganze Rechtsprechung tritt in einen immer schneidenderen Gegensatz zu dem Rechtsempfinden mit der großen Masse des Volks, und hierbei leistet besonders Vorjuch noch die Kautschuffassung der Paragraphen unres Strafgesetzbuches. Wir müssen daher bei der Reform darauf dringen, daß die Bestimmungen eine unabweisende Fassung erhalten. Was die Richter nicht mit dem Geetze machen können, das macht die Polizei mit dem Polizeibollzugs-Geetz. Der Grob-Anzugs-Paragraf wird ja nicht mehr angewendet, aber das von den Gerichten als erlaubt bezeichnete Streikpotenzen wird durch die Polizei illusorisch gemacht. Muß es den Arbeiter nicht aufreizen, wenn er sieht, wie die Unternehmer begünstigt werden, wie für jeden die Strafe frei ist, nur nicht für den Streikenden. Sünden die Streikenden die Arbeitswilligen in der Wohnung auf, so werden die Hausbesitzer veranlaßt, Strafantrag wegen Hausfriedensbruch zu stellen.

Auf dem Gebiete des Strafbollzugs wenden wir uns gegen das veraltete Inquisitionsverfahren, gegen das geheime Vorverfahren und gegen die Handhabung der Untersuchungshaft, die die Strafe oft vorweg nimmt. Eine Statistik würde beweisen, wieviel Unschuldige dieser quälenden Folter ausgezigt und an Leib und Leben geschädigt worden sind. (Sehr richtig!) Vor zwei Jahren war in Marienburg ein Maurerstreik. Jemandem sollte einem Arbeitswilligen zugerufen haben: „Warte, wir werden Dich schon kriegen!“ Darauf wurde der Leiter der dortigen Organisation verhaftet, weil er bei der Höhe der zu erwartenden Strafe fluchtverdächtig sei. Das Gericht lehnte einen Antrag auf Haftentlassung ab mit der Motivierung, daß im Falle der Freilassung er sich verborgen halten würde, zumal er ja doch nicht mehr Arbeit finden würde. (Hört, hört!) Dann rühmt sich der Gerichtshof noch ausdrücklich, daß auf Seite der Streikenden stehende Arbeiter schon abgereist seien! Nicht weniger als drei Monate blieb der Beschuldigte in Untersuchungshaft. Im Hauptverfahren wurde er von demselben Richter, der seine Verhaftung verfügt hatte, freigesprochen. (Hört, hört!) Und in der Hauptverhandlung mußte der Richter zugeben, daß er zum Landrat gegangen war und diesen gebeten hatte, ihm recht viel freistellende Maurer zu schicken: er werde schon das weitere veranlassen. (Große Bewegung.) So steigt die Justiz von der sella curulis zur Polizei herab und das Landgericht mißbilligt sanft seinen Schritt als etwas Ungeübliches. (Lachen.) Ein anderer Staatsanwalt aber nimmt einen Maurer in Haft, weil er auf der Strafe stehen geblieben war. Er sei mit in den Streik verwickelt gewesen, wohl das eigentliche Verbrechen — und gehöre auch mit zu den Maurern, die andre von der Arbeit ferngehalten suchten. Als ob der Streik nicht ausdrücklich gesetzlich erlaubt sei! 23 Tage blieb der Mann in Untersuchungshaft für ein Vergehen, für das er höchstens mit 30 Mark Geldstrafe hätte bestraft werden können. Hunderte solcher Fälle könnte ich allein aus meiner Praxis vorführen. Wenn diese Ungerechtigkeiten nicht zum Himmel schreien, was sonst? (Sehr richtig!) Unsre Thesen sollen den Staatsbürger sicherstellen gegen die Omnipotenz des Staates. — Wie stellt sich nun die Sozialdemokratie zu dem immer wachsenden Heer der Verbrecher, zu der ständigen Zunahme der Verbrechen, von denen eine halbe Million jährlich abgeurteilt werden. Daß das Verbrechen eine soziale Erscheinung ist, bestreitet heute kaum noch jemand. „Das Elend, das den Vater dem Alkohol, die Mutter der Prostitution in die Arme treibt, äußert sich auch in einer geschwächten Lebenskraft,“ so sagt mit Recht Prof. v. Liszt. Die soziale Lage der arbeitenden Klassen ist die Grundlage für die gesamte Kriminalität. Das Verbrechen in seiner heutigen Form und Erscheinung ist bestimmt und bedingt durch die heutige Gesellschaftsordnung. Selbst die Leidenschaftsverbrechen würde eine ordentliche Erziehung in der sozialistischen Gesellschaft widerstandsfähiger machen. Manches Sittlichkeitsverbrechen würde durch eine gründliche Wohnungsreform erstickt werden. Unsre Strafrechtsreformer der modernen Schule täten, statt neue Strafgeetze mit vielen Paragraphen ausfindig zu machen, besser, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß eine wirksame Sozialpolitik in Deutschland rasch Platz greift. (Sehr wahr!) Uns als Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern kommt das Verdienst zu, daß die Zahl der Verbrechen nicht noch größer ist, als ohnehin.

Denn ohne uns wäre das Lumpenproletariat, aus dem hauptsächlich das Verbrechertum herborgeht, ins Unendliche gewachsen. Zur Bekämpfung des Verbrechertums muß vor allen Dingen die

Sicherung des Koalitionsrechtes

durchgeführt werden. Die Opfer der heutigen Gesellschaft, die zum Verbrecher herabgesunken sind, verdienen unser Mitleid. Am wichtigsten ist jedoch die Frage der Strafbollstreckung. Nach

den einstimmigen Befundungen aller Sachverständigen sind unsre Gefängnisse und Zuchthäuser Hochschulen des Verbrechens, namentlich für die Jugend. Wir verlangen in den Gefängnissen eine freie, von jeder Müderei losgelöste Erziehung auf der Grundlage positiver Arbeit. Wir verlangen für den geistigen Arbeiter im Gefängnis eine feinen Anlagen entsprechende Beschäftigung. Wir verlangen weiter die Beseitigung der kurzen Freiheitsstrafen, die viele Familien dem wirtschaftlichen Elend ausliefern, ferner die Einführung der bedingten Verurteilung und die Katenzahlung für Geldstrafen, die nicht in Haftstrafen umgewandelt werden dürfen.

Gaaße schloß:

Günst werden Sie aus alledem, was ich Ihnen vorgetragen habe, ersehen, daß das Strafrecht, wie es gegenwärtig besteht, den modernen Anforderungen nicht genügt, und im Widerspruch steht mit der Auffassung der deutschen Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Unsre Aufgabe ist es daher, unsre ganze Macht für die Lieferrn in die Wagchale zu werfen und vor allem dafür zu sorgen, daß nicht den Bestrebungen der Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen durch das Strafgesetzbuch Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Durch keine Strafbestimmung ist der Siegeslauf des proletarischen Emanzipationskampfes aufzuhalten, und die kleinen Nadelstiche erzeugen nur Groll, Erbitterung, Mut und Haß. Ich schließe mit den Worten Mittelstaedts, der diese kleinliche Art der Klassenjustiz wie folgt kennzeichnet: „Sie schießen nicht mit Kanonen nach Spanien, nein, sie suchen mit kleinen, aus juristischen Spitzfindigkeiten zusammengerosteten Papierfugeln eine große Bewegung zu bekämpfen. Sorgen Sie dafür, daß diese Papierfugeln des Strafgesetzbuchs die Arbeiterklasse in ihrem Vordrängelauf nicht aufzuhalten vermögen.“ (Lebhafte Beifall.)

Das Referat wird später in Broschürenform veröffentlicht, ebenso die Referate über Erziehungsfragen. Wir werden zu gegebener Zeit unsre Mitglieder darauf aufmerksam machen.

Der erste gewerkschaftliche Unterrichtskursus.

IV.

Nachdem in den vorangegangenen drei Serien die Vortragenden, ihre Vortragweise und der Inhalt der Vorträge gewürdigt worden ist, ist es heute zum Abschluß des Ganzen nötig, über die Besprechung zu berichten, die am Schlusse des Kursus am 17. September gemeinsam zwischen den Mitgliedern der Generalkommission, den Vortragenden und den Hörern stattfand. Der Zweck dieser Besprechung war, gegenseitig die mit dem ersten Kursus gemachten Erfahrungen auszutauschen, sich darüber klar zu werden, ob Änderungen in bezug auf die Dauer der Kurse, die Wahl und Verteilung der Lehrgegenstände, die Zahl der Unterrichtsstunden vorgenommen werden möchten.

Zwei Hörer, die Vorsitzende von Gewerkschaften sind, die einzigen Zentralvorsitzenden, die dem Kursus beizwohnten, waren mit dem Kursus nicht zufrieden. Sie hatten schon in der ersten Woche der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Veranstaltung in ihrer jetzigen Art verfehlt sei. Die beiden Genossen scheinen schon alles zu wissen, Neues aufzunehmen glauben sie nicht mehr nötig zu haben. Alle anderen Hörer drückten ihre lebhafteste Befriedigung über das Ergebnis des Kursus aus. Der vorgezeichnete Zweck sei vollkommen erreicht worden, nämlich Grundlagen sich anzueignen, auf denen sich jeder weiter ausbilden kann. Denn die Kurse bedeuten nicht das Ende, sondern den Anfang des Studiums. Eine Menge Allgemeinwissen hat sich jeder aneignen können, der Gesichtskreis ist bedeutend erweitert worden, mannigfache Anregungen nahmen die Hörer mit nach Hause. Mit einem Wort: Gutes Werk ist verrichtet worden.

Alle Redner in der Besprechung hielten eine Verlängerung der Kurse um eine oder zwei Wochen für ratsam, weil verschiedene Lehrer ihren Stoff in den zur Verfügung stehenden Stunden nicht bewältigen konnten und weil es sich empfehle, die Ansprüche an die Zuhörer nicht ungemein hoch zu stellen. Sechs Tage hintereinander jeden Tag vier Stunden zu hören, manchmal auch fünf, dann noch zwei Stunden diskutieren, bedeutet eine Ueberspannung der Kräfte und lähmt die Aufnahmefähigkeit des einzelnen Hörers. An ein Verarbeiten des Stoffes zu Hause, an Aufzeichnungen kann da gar nicht gedacht werden, was sich aber oft empfiehlt, wenn es auch nicht verlangt wird. Eine Stunde weniger pro Tag würde angeraten und sehr beachtenswert ist der Vorschlag, daß den Hörern jede Woche ein halber Tag (möglichst Mittwochnachmittag) freigegeben werde, damit sie Zeit haben, sich die Museen, öffentliche Gebäude usw. anzusehen. Daß dadurch das Wissen auch bereichert wird, liegt klar auf der Hand, um so mehr, als mehrere Hörer aus Provinzstädten waren, wo es mit Museen usw. nicht weit her sein wird. Diesmal mußten die Hörer nach dem Kursus sich noch einige Tage in Berlin aufhalten, wenn sie die für sie hochwichtigen Einrichtungen, wie das Reichsversicherungsamt, Ausstellung für Arbeiterwohlthätigkeit usw. besichtigen wollten. Regien schien wenig Neigung für eine Verlängerung der Kurse zu haben, sein Argument ist allerdings nicht stichhaltig, daß die Hörer, die meist tätige Gewerkschaftsbeamte sind, nicht über vier Wochen hinaus abkommen könnten.

Uns kommt es lediglich darauf an, die aufgestellten Themen auch eingehend behandeln zu lassen, ob deshalb die Kurse um 8-14 Tage länger ausgedehnt werden müssen, bleibt ohne Belang. Die einmal gestellte Aufgabe muß auch ordentlich gelöst werden. Die Genossen Regien und Schmidt sind Reichstagsabgeordnete und Angestellte der Generalkommission, und doch bleibt ihnen noch soviel Zeit übrig, um ihre parlamentarische Tätigkeit ausüben zu können, warum sollen Gewerkschaftsangeestellte nicht etwa 6, anstatt 4 Wochen abkommen können, wenn es sich unbedingt nötig macht, die Kursdauer zu verlängern. Schippel, Calwer, Schmidt, Bauer, Kagenstein und Bernstein wiederholten immer den Refrain, mit der eingeräumten Stundenzahl können wir den vorzutragenden Stoff nicht eingehend behandeln. Diesen Ausführungen, meinen wir, wird sich die Generalkommission auch nicht widersetzen und dementsprechend das Programm für die Kurse, die 1907 stattfinden, festlegen. Wir plädieren nicht dafür, daß vielleicht das Unterrichtsprogramm noch erweitert werden

sol, das wäre des Guten zuviel. Aber es ist unmöglich angebracht, daß bei fast sämtlichen behandelten Disziplinen sich die Vortragenden ungeheuer einschränken müssen, sehr zum Nachteil der Hörer.

In dem verflochtenen Kursus wurde jede Stunde ein anderer Gegenstand behandelt, was der Schreiber dieses im Gegensatz zu der Meinung einiger anderer für gut hält. Würde ein Gegenstand mehrere Stunden hintereinander, vielleicht gar einen ganzen Vormittag, behandelt, so müßte das ermüdend wirken. Auch ist der bisherige Modus gut, daß die Diskussionen nicht unmittelbar dem Vortrage folgen, da sie erst später, meist am andern Tage, folgen, muß man sich die Sache doppelt durch den Kopf gehen lassen. Die Wahl und Verteilung der Lehrgegenstände wurde im allgemeinen gutgeheißen. Zweckmäßig ist es auch, daß im Unterrichtslokal eine Handbibliothek eingerichtet wird. Die im Unterrichtsprogramm angegebene Literatur müßte zum mindesten vorhanden sein. Die Hörer können doch unmöglich die Bibliothek ihrer Gewerkschaften mit nach Berlin schleppen, um das Konvenierende sofort aufschlagen zu können. Die gepflogene Diskussion über das Resultat des ersten Kursus war eine sehr eingehende und es ist zu erwarten, daß die berechtigten Wünsche der Teilnehmer auch berücksichtigt werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Preissteigerungen — Außergewöhnliche Anspannung der Produktionsfähigkeit — Kapitalserhöhungen und Anleiheaufnahmen. — Kritische Lage der Reichsbank.

In den letzten beiden Wochen haben sich die Preissteigerungen, an die wir nachherade gewöhnt sind, förmlich gejagt. Wir haben aus der Fülle der Nachrichten einige markante Fälle hervor. Am 27. September meldeten die Blätter, daß der Kupferblechverband seine Forderungen um weitere 2 Mark (auf 220 Mk.) gesteigert habe, daß ferner der Verband deutscher Nietenfabrikanten „sich genötigt sah“, die Gewichtspreise für Messing- und Kupfernieten höher anzusetzen und zugleich die gewährten Rabatte auf 5 Prozent zu ermäßigen — was im Effekt gleichfalls auf eine Verteuerung für die Abnehmer hinausläuft. Am 28. September ließ der Verband deutscher Schokoladenfabrikanten ankündigen, „daß die Konjunktur für die nächste Zeit mit erhöhten Kakao- und Schokoladepreisen rechnen müßten“, trotz der seit März erfolgten deutschen Zollermäßigung für Rohkakao! Am 29. September entschied sich das Hofeisenhinditat in der Düsseldorf-Sitzung, die Verkaufspreise für Puddeleisen und Stahleisen für das erste Vierteljahr 1907 um 10 Mark pro Tonne, ebenso für Bessemer- und Walzgußeisen emporzuschrauben; am gleichen Tage setzte die Generalversammlung des Stahlraderverbandes die Preise um 2 Mark pro Doppelzentner (100 Kilo) hinauf. Am 1. Oktober beschloß der Ostdeutsch-Sächsische Hüttenverein, den Tarif für Röhren um 10 Mark pro Tonne, für Gußeisenartitel um 5 Prozent zu erhöhen. Der Mansfelder Kupferpreis erreichte an dem gleichen Tage mit 190 bis 193 Mark pro Doppelzentner den höchsten Stand seit langen Jahren. Diese Kupferverteuerung scheint sich derart dauernd und allgemein einzunisten, daß die deutschen Kupferwerke schon ein paar Tage darauf eine abermalige Preissteigerung für Kupferbleche (um 6 Mark) verlangen konnten. Am 5. Oktober nahm die Vereinigung der Schweißereierwerke eine Preissteigerung vor; am 6. Oktober vereinbarten die Feinblechwerke eine Feinblechlage von 165 Mark.

Die starke Anspannung der Produktionsfähigkeit wurde gleichzeitig durch einige neuartige Meldungen beleuchtet. Wie lange galt die Zementzeugung als ein in unheilbarer chronischer Leberproduktion erstickendes Gewerbe! Jetzt ist die Fehlung des Absatzes so weit fortgeschritten, daß bereits Neugründungen ins Auge gefaßt werden und daß die ober-schlesischen Zementfabriken, trotz der neuerdings um 20 Pfg. erhöhten Preise, Abschlüsse bis Ende dieses Jahres abzusehen. Um der Halbzeugnot zu steuern, wird der Stahlwerkverband für das letzte Quartal des Jahres 1906 einen Zuschuß von 5 Mark für jede, auf Rechnung des Verbandes mehrgeleistete Tonne Halbzeug allen denjenigen Stahlwerkbesitzern zahlen, die über ihren Anteil hinaus in der Gruppe Halbzeug liefern! Sonst war es durchgängige Politik der Syndikate, Kontingentsüberschreitungen mit Straf-geldern zu ahnden!

Nicht minder verblüffend häufen sich die Meldungen über die Betriebserweiterungen, sei es durch Aktienkapitalsermehrungen, sei es durch Anleihen- (Obligations-) Aufnahme. Die Generalversammlungen des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie haben die bereits erwähnte Vergrößerung des Stammkapitals um 25 und 20 Millionen Mark genehmigt. Die Ballin-Niederer ließ, entgegen umlaufenden Gerüchten, noch besonders erklären, daß die neuen Mittel nicht zur Bezahlung bereits im Bau befindlicher, sondern neu zu bestellender Schiffe dienen sollen. Die Gesellschaft will zwei neue Riesendampfer für den nordamerikanischen Dienst bauen lassen, die zur Ueberfahrt nach Neuport ein bis zwei Tage mehr als die Schnelldampfer brauchen, dafür aber größeren Komfort bieten sollen; ferner werden zwei Dampfer mit 16 Knoten Geschwindigkeit für die neu zu errichtende Linie Genua-La-Plata-Staaten-Brasilien gebaut. Die Schiffe sollen gleichzeitig dem Personen- und Frachtverkehr dienen, da sie in letzterem, vermöge der größeren Geschwindigkeit, erfolgreich mit den englischen Transportdampfern in Wettbewerb treten können. Die Kosten für alle vier Schiffe werden auf mindestens 35 Millionen Mark geschätzt. Der Norddeutsche Lloyd hat schon seit längerer Zeit Neubestellungen gemacht, wobei er wiederum die Schnelligkeit der Beförderung mehr in den Vordergrund gerückt hat; man schätzt die Kostensumme der von ihm bestellten Dampfer, die in diesem und dem nächsten Jahre zur Ablieferung gelangen sollen, auf annähernd 80 Millionen Mark. Ferner beantragen: die Bergmann Elektrizitätswerke Berlin eine Kapitalserhöhung um 1 Million Mark — die Vereinsbank in Kiel um 600 000 Mark — die Vereinsbank in Zwickau um 1 Million Mark — die Schweißereierwerke Berlin eine Kapitalserhöhung um 1 Million Mark — die Westfälischen Stahlwerke die Aufnahme einer Obligationenleihe. In der gleichen Berichtsperiode genehmigten die maßgebenden Generalversammlungen folgende Kapitalsergrößerungen: bei der Dresdner Bank um 20 Millionen Mark, bei der Aktiengesellschaft Balde, Kellering u. Co. um 1 1/2 Millionen Mark, beim Schaaffhausenschen Bankverein um 20 Millionen Mark, bei der Norddeutschen Kreditanstalt um 2 1/2 Millionen Mark, bei den Westfälischen Drahtwerken um 800 000 Mark. Begründet wurden: die Metallwerke Unterweser mit 3 1/2 Millionen Mark, ebenso ein Hüttenwerk an der Unterweser mit 12 Millionen Mark, die Hamburg-Bremer Afrikalinie durch Verschmelzung der Chinesischen Küstenfahrtgesellschaft mit der Dampfschiffgesellschaft Triton, der Mlener Bankverein unter Mitwirkung der Essener Kreditanstalt, einer Filiale der Deutschen Leberseisenbank in Tucuman-Argentinien.

Für einen Zeitraum von vierzehn Tagen sind das sicherlich recht ansehnliche Leistungen des kapitalistischen Expansions-treibens! Freilich hockt hinter dem Reiter eine schwarze Sorge: heute noch nicht die Sorge um den halsbrecherischen Ausgang des Rennens, wohl aber um die rapid zunehmende Versteifung des Geldmarktes. Und leider sind hier in Deutschland — wenigstens was Europa, mit Ausnahme Rußlands, anbelangt — die Zustände am wenigsten vertrauenswürdig. Unsere Reichsbank nähert sich tatsächlich der kritischen Grenzlinie, von der ab es

schwer fällt, die geschlich vorgezeichnete Deutung der umlaufenden Noten mit Gold aufrecht zu erhalten. Nach dem letzten Ausweis, vom 29. September, hatte die Bank 1704 Millionen Mark Noten ausgegeben. Ihr Metallschatz betrug zwar 675 Millionen Mark, übertraf also noch immer die vorgezeichnete Drittel-Mindestbedingung. Aber in den 675 Millionen Mark stecken recht ansehnliche Beträge deutschen Silbergeldes, das innerlich entwertet und international zu Zahlungen nicht verwendbar ist. Offenbar hat einerseits, und zwar vorwiegend, die geschäftliche Hochstimmung die Inanspruchnahme der Zentralbank enorm vermehrt. Doch wirken andererseits außerordentliche Umstände in unliebsamster Weise mit: so die starken Ansprüche Amerikas an den europäischen Geldmarkt, vor allem jedoch die Zurückziehung und Verringerung der großen Guthaben, welche die russische Regierung in Berlin hielt, um, wie früher der Papierwustelkurs, so neuerdings die Anleihenbewerlung zu stützen — finanzielle Reserven, die mehr und mehr, schon seit dem ostasiatischen Kriege, zusammenschmolzen. Gerade in der Zeit drängendsten Zeitkapitalbegehres sah sich deshalb die deutsche Zentralbank mehr als vorher auf die eignen deutschen Geldmittel angewiesen, so daß die Reichsbank jeden Augenblick zu ungewöhnlichen Schutzmaßnahmen gezwungen sein kann. Berlin, 8. Oktober 1906. Mag Schippel.

„Nationalgestimmte Arbeiter“ und freie Gewerkschaftler.

In der gemäßigten Presse werden seit einiger Zeit wieder einmal große Dinge geredet von der „Bewegung“ der „nationalgestimmten Arbeiter.“ Das kann uns nur — und zwar zu unserem größten Vergnügen — veranlassen, diesem Kapitel etwas erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Nicht, daß wir der Spur unserer Herren Gegner folgen und uns mit einigen nichtsaagenden Phrasen begnügen wollen. Nackte Tatsachen und Zahlen wollen wir reden lassen. Wir beginnen mit folgenden Vergleichen:

Am 31. Dezember 1905 waren organisiert:
in freien Gewerkschaften 1 429 303 Mitgl.
„ christlichen Gewerkschaften 191 690 „
„ Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 117 097 „
Die freien Gewerkschaften zählten also siebenmal so viel wie die christlichen, und zwölfmal so viel wie die Hirsch-Dunderschen Organisationen.

II.
Die Mitgliederzunahme betrug im Jahre 1905 bei den freien Gewerkschaften 316 084
christlichen Gewerkschaften 80 550
Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 5 208
Bei den freien Organisationen war die Mitgliederzunahme viermal so hoch wie bei den christlichen, und einundsechzigmal höher wie bei den Hirsch-Dunderschen.

III.
Die Einnahmen betragen im Jahre 1905 bei den freien Gewerkschaften 27 812 257 Mk.
christlichen Gewerkschaften 2 443 122 „
Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 1 336 651 „
Es vereinnahmten die freien Gewerkschaften elfeinhalbmal mehr wie die christlichen und einundzwanzigmal mehr wie die Hirsch-Dunderschen.

IV.
An Ausgaben hatten im Jahre die freien Gewerkschaften 25 024 234 Mk.
christlichen Gewerkschaften 2 150 511 „
Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 1 170 219 „
Danach verausgabten die freien Gewerkschaften elfeinhalbmal soviel wie die christlichen und einundzwanzigmal soviel wie die Hirsch-Dunderschen.

V.
An Kassenbestand zählten am Schlusse des Jahres 1905 die freien Gewerkschaften 10 160 859 Mk.
christlichen Gewerkschaften 1 249 408 „
Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 1 394 996 „
Die Kassenbestände der freien Organisationen betragen demnach das fünfzehneinhalbfache der christlichen und das vierzehnfache der Hirsch-Dunderschen Verbände.

VI.
Für Aussperrung, Streiks und Maßregelung verausgabten die freien Gewerkschaften 19 635 850 Mk.
christlichen Gewerkschaften 1 000 320 „
Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 286 643 „
Das bedeutet auf den Kopf der vorhandenen Mitglieder bei den freien Gewerkschaften 7,55 Mk., bei den christlichen dagegen 5,32 Mk. und bei den Hirsch-Dunderschen nur 2,45 Mk.

Nun könnte man vielleicht sagen, daß die Unterstützung für Kampfeszwecke bei den „friedlich“, „national“ und „christlich“ sein wollenben Gewerkschaften deshalb eine geringe ist weil diese keinen so ausgesprochenen Kampfescharakter tragen, daß dafür aber die Unterstützungen für in Not geratene Mitglieder um so höhere sind. Wie es damit ausieht, zeigt die folgende Aufstellung.

VII.
Es zählten im Jahre 1905 an Arbeitslosenunterstützung die freien Gewerkschaften 1 991 924 Mk.
christlichen Gewerkschaften 13 571 „
Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 193 746 „
Dabei kommen in den fraglichen Organisationen auf den Kopf der Mitglieder bei den freien Gewerkschaften 2,30 Mk., bei den Hirsch-Dunderschen 1,67 Mk. und bei den christlichen Gewerkschaften gar nur 0,11 Mk.

VIII.
Nehmen wir nun alle obigen Unterstützungen zusammen, als da sind: Rechtschutz, Reise- und Umzugsunterstützung, Kranken- und Invalidenunterstützung, Beihilfe in Not- und Sterbefällen, so wurden für diese Zwecke gezahlt bei den freien Gewerkschaften 3 761 622 Mk.
christlichen Gewerkschaften 173 168 „
Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 276 338 „
Das ergibt auf den Kopf der Mitglieder bei den freien Gewerkschaften 2,79 Mk., bei den Hirsch-Dunderschen 2,36 Mk., trotz ihrer winzigen Ausgabe für Kampfeszwecke, und bei den christlichen gar nur 0,92 Mk.

Wenn jemals Zahlen eine lebendige Sprache geführt haben, dann in den obigen Gegenüberstellungen.

Rundschau.

Für den Arbeiter ist bis in sein Alter gesorgt. Aus Hof in Bayern wird folgender Fall berichtet: In der Neuen Baumwollspinnerei und Weberei, einem Etablissement, von dem seinerzeit der nationalliberale Abgeordnete Münch-Ferber sagen konnte: „Sie, die Spinner, schwimmen im Golde“, das seit Menschengedenken fast durchschnittlich im Jahre 20 Prozent Dividende abwirft (im letzten Jahr fünf waren es nie unter 23 Prozent), zu dessen Aktionären selbst wangelische Geistliche zählen, einem Etablissement, das stets für Kirchen- und hurratriotische Zwecke eine offene Hand hat, wird der Arbeiter, wenn er alt und schwach, infolge dessen ausgemergelt ist wie eine Zitrone, unbarmherzig auf das Pflaster geworfen, unbekümmert darum, daß er ein Menschenalter lang dort Mehrwert schaffte. So hat die millionenschwere Firma dieser Tage Leute, die 32 Jahre lang bei ihr beschäftigt waren (einer der Leute ist bereits 80 Jahre alt), einfach die Fabrikwohnung gekü-

ndigt. Leute, deren Brust mit Medaillen geschmückt ist (die sie für geleistete treue Dienste erhielten), werden an die Luft gestekt, weil kein Mehrwert mehr aus ihnen herausgeholt werden kann. Wer zweifelt nun noch daran, daß wir in der herrlichsten der Welten leben?

Ein reichstreuer Arbeiter. Auf der kaiserlichen Werft in Kiel wurde durch Anschlag folgende Bekanntmachung erlassen: „Schiffszimmerer Schacht ist wegen Diebstahls sofort entlassen worden.“ Unser Kieler Parteiblatt schreibt dazu: Unter gewöhnlichen Umständen erscheint ein derartiger Vorfall ja kaum dazu angetan, der breiten Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Hier liegen die Dinge jedoch wesentlich anders. Der bei dem Diebstahl Erwischte ist nämlich einer der hervorragendsten Vertreter des Nationalen Arbeiterverbandes für Kiel und Umgegend, das heißt, er gehört mit zu den sonderbaren Arbeitern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, alle Bemühungen ihrer eignen Arbeitskollegen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen konsequent zu bekämpfen. Der Name des Entlassenen fehlte nie, wenn bei Wahlen oder ähnlichen Gelegenheiten von dieser Seite aus gegen die Sozialdemokraten Stellung genommen wurde. Noch in der Nr. 5 des Reichstreuen Arbeiters wird ein bitteres Lamento darüber erhoben, daß Schacht aus einer zum 4. September einberufenen Versammlung von Arbeitern der kaiserlichen Werft hinausbugliert worden war, und zwar unter der Begründung, daß man dort keinen Spizel haben wolle. In der Notiz ist zwar der Name des Biedermannes nicht angegeben, es ist jedoch auf der Werft allgemein bekannt, daß Schacht der unwillkommene Gast war. Der reichstreue Verein hat demnach eine seiner Stützen verloren.

Der Tarif der Buchdrucker ist auf weitere zehn Jahre abgeschlossen, jedoch mit der Bestimmung, daß nach Ablauf von fünf Jahren der Tarif einer Revision unterzogen werden soll und berechnete Wünsche dabei berücksichtigt werden sollen. Eine zehnprozentige Lohnerhöhung im „Berechnen“ (Affordystrum) ist festgesetzt, sowie eine zehnprozentige Erhöhung vom Minimum des gewissen Geldes (Zeitlohn). Dieses beträgt demnach bei Gehilfen im ersten Gehilfenjahr 18 Mk., für Gehilfen bis zum Alter von 21 Jahren 23 Mk., für solche von 21—24 Jahren 24 Mk. und für über 24 Jahre alte Gehilfen 25 Mk. Wochenlohn. Zu diesen Minimalätzen kommen noch die Sozialzuschläge. An der Lohnerhöhung sollen alle Gehilfen teilnehmen, die bis 3 Mk. über die gegenwärtigen Minimalätze erhalten. Die Arbeitszeit ist pro Woche um 1/2 Stunde gekürzt. Der Tarif ist diesmal von Organisation zu Organisation abgeschlossen worden. Der zu diesem Zwecke abgeschlossene Vertrag spricht in § 1 als Zweck aus die Begabung des Buchdruckerberufes, die Durchführung und Respektierung der tariflichen Rechte und Pflichten und die Erledigung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten. Es werden ferner Bestimmungen getroffen über die Einteilung des Tarifgebietes, die Ueberwachung des Lehrlingswesens, das Vorgehen gegen die Schmutzkonkurrenz usw. Von besonderer Bedeutung ist der § 4, der die Mitglieder der Unternehmerorganisation verpflichtet, nur Mitglieder des Buchdruckerverbandes einzustellen und andererseits die entsprechende Verpflichtung den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes auferlegt, nur bei Mitgliedern der Unternehmernorganisation tätig zu werden. Hier bleibt indessen eine Uebergangszeit bestehen und hat das Tarifamt Uebergangsbestimmungen zu treffen. — Unter besonderen „Beschlüssen und Resolutionen“ wäre noch zu erwähnen, daß die Prinzipalsvertreter in einer solchen Erklärung die Prinzipale verpflichtet halten, an der Unterstützung der Arbeitslosen teilzunehmen. Die Gehilfenvertreter haben diesen Standpunkt der Prinzipalsvertreter akzeptiert unter Wahrung der Selbständigkeit der Verbände.

Der abgeschlossene Vertrag enthält Bestimmungen, die in mancher Beziehung bedenklich erscheinen und über die Kreise der Beteiligten hinaus Aufsehen erregen. Der Vertrag wird demnach auch von den Gehilfen mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. An zahlreichen Orten ist die Stimmung direkt gegen die Vereinbarungen. Wenn das Resultat vollständig vorliegt, werden wir, ohne uns in die häuslichen Angelegenheiten der Buchdrucker einzumischen, auf den Tarifabschluß zurückkommen.

Literarisches.

Der Arbeiter-Notiz-Kalender 1907 ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Dieser in Arbeiterkreisen allgemein beliebte Kalender bringt auch in diesem Jahre wieder eine reiche Fülle für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder äußerst nützlichen, ja unentbehrlichen Materials. Der Kalender sollte daher als ein zweckdienliches Nachschlagewerk auch im Besitze jedes Arbeiters sein. Der vorliegende neue Jahrgang enthält u. a.: Die Parteien des Reichstags, eine Abhandlung, in der die einzelnen Programme der Parteien und ihre Stellung zur Sozialpolitik und zu allgemeinen Arbeiterfragen kritisch beleuchtet wird. Der Kalender bringt ferner einen Aufsatz: Winke für Militärinteligen, und einen kurzen Abriss über die Gewerkschaften im Jahre 1906. Daneben enthält der Kalender die Ergebnisse der Reichstagswahlen einschließlich der letzten Nachwahlen und zahlreiches, für die Arbeiter notwendiges Adressenmaterial, Statistiken usw. Ein künstlerisch ausgeführtes Bild des verstorbenen Genossen Meister ist dem Kalender beigegeben. Der Preis ist wie alljährlich 60 Pfg. Der Kalender ist in allen Parteibuchhandlungen, von jedem Kolporteur und Zeitungsausdräger zu haben.

Der Wahre Jacob hat soeben die 21. Nummer seines 22. Jahrgangs erscheinen lassen, die einige wohlgelungene Abbildungen und Photographien sowie eine größere Plauderei über den Mannheimer Parteitag enthält. Außerdem erwähnen wir aus der Nummer die beiden farbigen Bilder Der Wessensitz und Die Zeiten ändern sich, sowie die Illustrationen Bestimmten, Aus dem Jahrhundert der Denkmäler, Schwarzseher, Die Zukunft des Jaren, Deutsche Generale, Ein vielbeschäftigter Armeelieferant und Haute volée. Der terglische Teil der Nummer bringt die Geschichte An unsre Feinde, Braunschweig, Deutschland, Die Beschäftigten, Des Landrats Wunschelrute und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das größere satirische Feuilleton Ratsschläge für Arbeitswillige. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!